Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 160 Mk. Durch die Post monatlich 160 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Verchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.— Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil entsel. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 7 Mark | **Freitag, den 13. Oktober 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 240**

Rüstet zur Bezirkskonferenz der Betriebsräte

An die Arbeiterschaft des Bezirks Halle-Merseburg!

Arbeitsbrüder, Kollegen!

Der Bezirkskartellvorstand hat beschlossen, für den 5. November eine Konferenz der Betriebsräte für den ganzen Bezirk Halle-Merseburg nach Halle einzuberufen. Die unterzeichneten Kontrollausschüsse begrüßen den Beschluß. Die Aufgaben und Beschlüsse dieser dringend notwendigen Konferenz sind für die ganze werktätige Bevölkerung von größter Bedeutung. Die unterzeichneten Kontrollausschüsse sind der Auffassung, daß diese Konferenz entscheiden muß:

Ob die Unternehmer über die knappen Rohstoffe und Agrarprodukte nach wie vor allein verfügen sollen, oder ob die Betriebsräte ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht bei der Erzeugung aller Waren fordern und erkämpfen müssen.

Ob die Preisfestsetzung und Verteilung von Kohlen, Kartoffeln, und aller Lebensmittel nur durch die Händler geschehen soll, oder ob die Betriebsräte in Verbindung mit den bestehenden Kontrollausschüssen und Konsumvereinen mitzuwirken haben.

Ob die furchtbare Wohnungsnot endlich durch eine proletarische Lösung einer Besserung zugeführt werden soll.

Die Konferenz muß vor allem darüber entscheiden, wie in Zukunft die Betriebsräte und Ortsausschüsse des ADGB. gemeinsam mit den Kontrollausschüssen zu wirken haben.

Diese wichtigen Fragen können nur dann einer Lösung entgegengeführt werden, wenn

alle Betriebsräte des Bezirks

auf der Konferenz vertreten sind. Nach den Beschlüssen des Bezirkskartellvorstandes ist den Ortskartellen die Anzahl der zu entsendeten Delegierten überlassen. Deshalb besteht die Gefahr, daß verschiedene Ortskartelle wegen Mangels an Geldmitteln keine Betriebsräte entsenden. Das darf unter keinen Umständen stattfinden! In den Orten, wo die Kartelle nicht genügend Geldmittel zur Verfügung haben, müssen die Arbeiter in den Betrieben durch Sammlungen dafür sorgen, daß ihre Betriebsräte am 5. November nach Halle gesandt werden. Die Konferenz muß zu einem machtvollen Willensausdruck aller Arbeiter des Bezirks Halle-Merseburg werden.

Auf ans Werk! Es lebe der Kampf gegen weitere Verelendung! Es lebe die proletarische Einheitsfront aller Werktätigen!

Die Kontrollausschüsse von Halle, Weißenfels, Eisleben, Torgau, Wittenberg, Delitzsch, Burgkemnitz, Hettstedt.

Kommunistische Wahlerfolge in Ostpreußen

(Eigener Drahtbericht.)

Königsberg, 12. Oktober.

In dem Landkreis Tilsit-Ragnit, der auf Grund des Gesetzes über die kommunale Neuordnung im Osten neu gebildet worden ist, sind Neuwahlen zum Kreistag vorgenommen worden. Die Kommunisten erhielten 1831, die Vereinigten Sozialdemokraten 1659, die Vereinigten Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler 2041 und der Wirtschaftliche Mittelstand, bestehend aus Demokraten und Bauernbund, 1845 Stimmen. Das ist zunächst das Ergebnis aus 52 von insgesamt 82 Stimmbezirken. Die Stimmenzahl kann sich noch wesentlich ändern.

Gleichzeitig fanden auch die Wahlen zum Kreistag des neugebildeten Kreises Niederung statt. Dabei erhielten die Kommunisten fünf Sitze, die Vereinigten Sozialdemokraten ebenfalls 5 Sitze, die beiden Rechtsparteien zusammen 8 Sitze, die Demokraten einen Sitz und die kleinen Landwirte 5 Sitze.

Die Erhöhung des Umlagepreises

Das Markenbrot 100 Mark

Berlin, 13. Oktober.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat mit 17 Stimmen gegen 5 Stimmen der Arbeitnehmervertreter die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf beschlossen, der den Preis des ersten Umlagedrittels erhöhen und damit den Brotpreis gleich auf 100 Mark hinaufschnellen lassen soll. Die Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft enthielten sich der Stimme, weil sie überhaupt keine Festsetzung des Umlagepreises, sondern eine gleitende Preisstala wünschen, die sich automatisch nach dem inländischen Marktpreis richten soll.

Der Umlagepreis soll nach dem Beschluß des Reichsrats für Weizen von 7400 auf 22 500 Mark pro Tonne, für Roggen von 6300 auf 20 500 Mark, für Gerste von 6700 auf 19 000 Mark und für Hafer von 6600 auf 18 000 Mark pro Tonne herausgesetzt werden!

*

Dies Gesetz, das Millionen von Arbeitern und Kleinrentnern dem Hungertode überantwortet, wird nächste Woche vor den Reichstag kommen. Die Arbeiterschaft muß alle Kraft aufbieten, um die neue ungeheuerliche Brotverteuerung zu verhindern. Das kann nur geschehen durch Erhöhung der Getreideumlage auf 4½ Millionen Tonnen, Ablehnung jeder Preiserhöhung, Kontrolle der Getreideablieferung, der Düngungs- und Aussaatarbeiten der großen Güter durch proletarische Organe, Brotverbilligungszuschüsse für Sozialrentner und Kriegsopfer.

Neue Erhöhung der Postgebühren am 1. Dezember

Berlin, 13. Oktober.

Der Verkehrsbeirat ist vom Reichspostministerium zu einer Sitzung am 24. Oktober einberufen worden, um zur weiteren Erhöhung der Post-, Postscheck- und Telegraphen- und Ferngebühren Stellung zu nehmen. Ein hundertprozentiger Zuschlag auf die erst seit dem 1. Oktober gültigen Gebühren spätestens am 1. Dezember wird geplant.

Eine Straßenbahnfahrt 20 Mark

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 13. Oktober.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung unterbreitete der Magistrat eine Vorlage, nach der eine Straßenbahnfahrt 20 Mk. kosten soll. Eine Sensation war es, daß der ehemalige Kommunist Neuter, jetzt Mitglied der MSPD., als starker Befürworter der Tariferhöhung auftrat. Da die Kommunisten widersprachen, mußte die Endabstimmung ausgesetzt werden. Eine besondere Sitzung am Dienstag soll den 20-Mark-Tarif gleich annehmen und sofort einführen lassen.

Präsidentenwahl erst im nächsten Sommer

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 13. Oktober.

Die Deutsche Volkspartei bemüht sich weiter, ein Hinausschieben der Präsidentenwahl zu erwirken. Anscheinend will man versuchen, die Verhältnisse so zu klären, daß Ebert als einziger Kandidat der Parteien von Scheidemann bis Helfferich präsentiert werden kann. Das wird natürlich keine Wahl mehr sein, sondern eine Komödie. Stinnes hat vor seiner Abreise nach Frankreich diese Angelegenheit mit dem Reichskanzler besprochen und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahl doch noch bis zum nächsten Sommer verschoben wird.

Textilarbeiterstreik in Apolda

(Eigener Drahtbericht.)

Apolda, 13. Oktober.

Seit Donnerstag mittag befinden sich die Arbeiter sämtlicher Textilbetriebe in Apolda in Streik. Es handelt sich um Lohnforderungen, die seit 14 Tagen beim Schlichtungsausschuß hängen. Die Forderungen der Arbeiterschaft lauten auf 125 Mk. Stundenlohn für männliche und 115 Mk. für weibliche Beschäftigte. Die Unternehmer haben die Forderungen abgelehnt; sie wollen im Gegenteil noch einen Lohnabbau vornehmen, indem sie die bisherigen Löhne um 8 Mk. kürzen wollen. Ein Verhandeln des Gesleiters wurde von den Arbeitern abgelehnt, da sie eine Verschleppung befürchten.

Ein erschlagener Schwindel der Antibolschewisten

WTB. **Berlin**, 13. Oktober.

Die Nachricht über die Verhaftung des Zentralausschusses der Gewerkschaften, die vom Rigaer Korrespondenten der „Times" stammt, wird von der Pressestelle der russischen Botschaft in Berlin als boshafte Lüge bezeichnet.

*

Damit hat sich wieder etwas als ein plumper Schwindel erwiesen, was von dem MSPD.-Lügenblättchen gestern brühwarm als eine neue Botschaft aus dem Reiche „russischer Freiheit" und der „Sowjetknute" verkündet wurde. Wieder einmal sind die Kasparek und Ko. auf ihr großes Lügenmaul geschlagen.

Wiederaufnahme der französisch-russischen Beziehungen

Herriot will großzügige Propaganda entfalten

WTB. **Moskau**, 12. Oktober.

Heute hat Herriot seine Rückreise nach Paris angetreten. In einer Unterredung mit Mitarbeitern der „Izwestija" sprach sich Herriot über seine Eindrücke bezüglich des fortschreitenden Wiederaufbaus Rußlands aus. Die kommende französisch-russische Annäherung werde keine Allianz der Regierungen, sondern eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Völker sein. Die gegenseitige Entsendung von Handelsdelegationen sei der nächste Weg zur Annäherung. Herriot betonte nachdrücklich die Gemeinsamkeit der französisch-russischen Orientinteressen, und teilte das Antworttelegramm Poincarés auf seine diesbezüglichen Informationen mit, in dem Poincaré Herriots Standpunkt unterstützt und der Sowjetregierung seine Dankbarkeit für den herzlichen Empfang Herriots übermitteln läßt. Herriot werde in Frankreich eine großzügige Propaganda für die Wiederaufnahme der französisch-russischen Beziehungen entfalten.

Dollar vormittags 10 Uhr: 2800 Mark

Der Marksturz, Fritz Ebert und die Notverordnung zur „Rettung der Mark"

WTB. **Berlin**, 12. Oktober.

Eine morgen in Kraft tretende Notverordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln verbietet die Annahme und Forderung in ausländischer Währung bei Inlandgeschäften. Ferner wird der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel abhängig gemacht von der Erlaubnis einer Prüfungsstelle, für Banken und Personenvereinigungen und Genossenschaften, deren Gewerbe es mit sich bringt, daß Auslandsgeschäfte gemacht werden, gelten besondere Bestimmungen. Die festgesetzten Strafen sind Gefängnis bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zum Zehnfachen des Betrages von ausländischen Zahlungsmitteln, um die es sich handelt.

EL. Fritz Ebert wird energisch: er will die widerspenstige Mark, die trotz allem guten Zureden der Gewerkschaftsinstanzen und MSPD.-Führer bis auf mehr als ein Sechshunderttel ihres Wertes gefallen ist, mit Gewalt zur Räson bringen. Artikel 48 der Reichsverfassung, der jedesmal aus der Versenkung auftaucht, wenn die bürgerliche Demokratie am Ende ihres Laleins ist, soll gegen den Marksturz helfen. Ausnahmeverordnungen, die gegen die Kommunisten versagten, sollen gegen kapitalistische Schieber und Wucherer vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten erlassen werden. Freudig stellt die MSPD. diesen ersten Erfolg des sozialistischen Machtzuwachses von Nürnberg fest.

Schade nur, daß mit diesem Machtzuwachs nicht nur Hilferding, der geistige Vater der angekündigten Ausnahmeverordnungen Eberts, und der „Vorwärts" einverstanden sind; sondern daß die ganze bürgerliche Presse einschließlich der deutschvölkischen „Deutschen Zeitung" und der Stinnes-„DAZ." Beifall klatschen. Ja, „die Zeit" des Herrn Stresemann ist gekränkt, weil der „Vorwärts" die bürgerlichen Parteien als Feinde der geplanten Ausnahmeverordnung hingestellt hat. In der Tat führt Fritz Ebert mit der **Ausnahmeverordnung** nur aus, was die **Schwerindustrie in der „Bergwerks-Zeitung", in der „DAZ." und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" seit Wochen gefordert hat.** So lange die Markentwertung nur den Reallohn der deutschen Arbeiter auf unter die Hälfte seines Wertes gesenkt und damit zur Grundlage der Scheinkonjunktur und der Milliardenprofite des deutschen Industrie- und Handelskapitals geworden war, so lange dachten weder das deutsche Unternehmertum und die Bankmagnaten, noch Fritz Ebert und Hilferding an die Waffe des Artikels 48. Sobald aber, wie das jetzt deutlich geworden ist, der Marksturz mit Kreditnot, Geldmangel und drohender Betriebseinstellung sich gegen das Kapital selbst zu wenden beginnt, greift Fritz Ebert energisch ein: der Mann, der für den 8. Dezember um die Stimmen der Deutschen Volkspartei wirbt, und der mit seinem ganzen Einfluß die Große Koalition schon heute verwirklichen will, weiß, was er seinen Wählern schuldig ist. Seine Verordnungen sind keine Verordnungen gegen das Kapital, dessen Zerfall die Markentwertung bedingt, und das aus ihr auf Kosten des Proletariats Milliarden an Profiten herauswirtschaftet; sie sind **Verordnungen zum Schutze des Kapitals** gegen die ihm jetzt verhängnisvoll werdenden Folgen des Marksturzes.

Es wird eine Kontrolle des Devisenhandels zur Unterbindung der Devisenspekulation angekündigt. Die Devisenankäufe sollen der Kontrolle der Außenhandelsstellen unterstellt werden. Selbst wenn diese Zentralisierung des Devisenhandels technisch möglich wäre — die Erfahrungen der Zwangswirtschaft zeigen, daß jede derartige kapitalistische „Kontrolle" zum Nährboden des üppigsten Schleichhandels wird —, die wirkliche Devisenspekulation würde damit nicht getroffen. Allerhöchstens würde einigen Außenseitern, einigen kleinen Börsenschiebern das Handwerk gelegt. Aber glaubt jemand außer den Kleinbürgern in der Regierung und im „Vorwärts" im Ernst, daß Stinnes mit seinen Lubersac-Verbindungen, daß die internationalen Konzerne der Schwerindustrie mit ihren ausländischen Niederlassungen, wie Orenstein & Koppel und Mannesmann, von den Großbanken ganz zu schweigen, überhaupt auf die von Fritz Ebert einzurichtende Devisenzentrale angewiesen sind, wenn sie Dollars, Pfund und Franken hamstern und sorgfältig in Amsterdam oder in Zürich ins Depot legen? An diese Herrschaften kommt man mit Notverordnungen gegen Börsenspekulationen, die etwa auf der Höhe der nationalökonomischen Einsicht Knüppelkunzes stehen, nicht heran. Wie es denn überhaupt eine Illusion ist, zu glauben, daß der Sturz der Mark, der dem Zerfall des deutschen Kapitalismus geschuldet ist, durch Maßnahmen aufgehalten werden könnte, **die die kapitalistische Anarchie in ihren Grundlagen völlig unberührt lassen.** Quacksalberei an den Symptomen nützt hier nichts. Und an den Kapitalismus selbst wagt sich Fritz Ebert, der wiedergewählt werden will, nicht heran.

Als zweite Maßregel ist die **Einführung von Goldschatzwechseln** geplant. Die massenhafte Ausgabe von Reichsschatzwechseln in Papiermark, von denen allein in den letzten 10 Tagen 80 Milliarden ausgegeben worden sind, hat dahin geführt, daß die Reichsbank auf ihnen sitzen bleibt. Das Privatkapital lehnt die Uebernahme dieser sich dauernd entwertenden Papiere ab: mehr als 90 Proz. der heute 450 Milliarden betragenden schwebenden Schuld des Reiches ist im Besitz der Reichsbank, also des Reiches selbst. Ebert und sein „marxistischer" Berater, Rudolf Hilferding, glauben, den privaten Kredit für das Reich wieder flüssig zu machen, wenn die Reichswechsel nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark ausgestellt werden, d. h. wenn die Zins- und Rückzahlung jedesmal nach dem in Goldmark berechneten Kurs der Papiermark geschieht. Die Herren übersehen bei dieser Rechnung nur, daß sie damit an Stelle der eben verbotenen Devisenspekulation **ein neues Spekulationsgebiet und ein neues Spekulationsobjekt schaffen.** Statt in Dollars und Pfund wird die Börse jetzt mit Goldschatzwechseln ihre Geschäfte machen. Sie lassen Devisenkontrolle zuhig Devisenkontrolle sein und lenken **die Mark mit Hilfe des eigens dazu durch die Notverordnung ge-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0001

schaffenen Goldwechsels des Reiches. Der Sozialdemokrat Fritz Ebert sorgt schon dafür, daß die eben verbotene Devisenspekulation ihren Blitzableiter findet. Die Markentwertung — das ist der Sinn dieser Maßnahme — soll, soweit sie dem Schwer- und Bankkapital nützlich **ist, dem deutschen Volke erhalten bleiben.**

Und wenn als dritte Maßregel noch das Verbot, die Preise im Inland in ausländischen Zahlungsmitteln, d. h. also in Gold, zu berechnen, angekündigt wird, so genügt, um deren Wirksamkeit darzutun, der einfache Hinweis darauf, daß ja das Reich in seinen Goldwechseln an erster Stelle dieses Verbot durchbricht.

Die Notverordnung Fritz Eberts gegen den Markturz ist in Wirklichkeit ein **Propagandamittel,** um seine Wahl beim Schwer- und Bankkapital, dem sie keine Nachteile auflegt, und beim Kleinbürgertum, dem sie wilhelminische Energie vorschwindelt, zu sichern. Die Arbeiterschaft hat durch diese Notverordnung nichts zu erwarten: alle diese verhängnisvollen Folgen der Markentwertung, wie Teuerung, Hunger und Elend, treffen nach wie vor die breiten Massen, ja, sie werden durch die Notverordnung ausdrücklich sanktioniert.

Politisch beweist die Notverordnung Fritz Eberts, daß die bürgerliche Demokratie und die sie beherrschenden Schwer- und Banktapitalisten vor dem wirtschaftlichen Belagerungszustand nicht zurückschrecken, wenn es gilt, die Vorteile der Devisenspekulation sich als Reservatrecht zu sichern, um die kleinen Kapitalisten weiter zu ruinieren und das Proletariat noch schamloser als bisher durch Diebstahl am Lohn, durch die Drohung mit der Arbeitslosigkeit und durch Arbeitszeitverlängerung auszuplündern. Die Massen müssen da fragen, wenn schon der wirtschaftliche Ausnahmezustand möglich ist, warum wendet ihn der sozialdemokratische Reichspräsident nicht an dort, wo es gilt, wirklich die Not zu lindern — gegen die Bourgeoisie? **Wo bleibt Artikel 48 gegen den Brotwucher, gegen die Sabotage des Umlageverfahrens,** gegen die Brachlegung des Grund und Bodens durch die Junker? Warum hat Fritz Ebert den Artikel 48 noch nicht angewendet zur Beschlagnahme des nicht ausgelieferten Getreides, der zurückgehaltenen Kartoffeln, zur Enteignung der hunderttausend Hektar von den Junkern brachgelegten Ackerlandes? Die systematische Aushungerung der Massen durch das Industrie- und Agrarkapital ist mindestens eine ebenso erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die den Reichspräsidenten nach der Verfassung zur Anwendung des Artikels 48 ermächtigt, wie der Markturz.

Wo bleibt die Linderung der **Wohnungsnot** durch Beschlagnahme der Villen und Luxuswohnungen der Bourgeoisie? Wo die Schließung der Luxusgaststätten und ihre Verwandlung in Volksspeiseanstalten? Auch hier liegt wahrlich eine Gefährdung und Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch das Kapital vor; aber auf die Anwendung des Artikels 48 gegen diese Notstände warten die Massen bis heute vergeblich. Wo bleibt schließlich die **Sachwerterfassung,** eingeleitet durch Artikel 48, gegen die Steuersabotage der Bourgeoisie?

Der Schritt Fritz Eberts, den Artikel 48 gegen die Devisenspekulation in Bewegung zu setzen, zeigt, daß der Reichspräsident die Möglichkeit hat, selbst nach den Vorschriften der bürgerlichdemokratischen Verfassung, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zugunsten der hungernden und darbenden Massen einzugreifen — wenn er es will und darf. Aber **er will und darf es nicht.** Er will und darf allein die Ausbeutungsfreiheit des Kapitals gegen das Proletariat sichern und fördern, wie es die große Koalition, seine Wiederwahl und die Arbeitsgemeinschaftspolitik ihm vorschreiben. Die Arbeiter, die darauf hoffen, daß Fritz Ebert mit Artikel 48 wirtschaftliche Gewaltmaßregeln gegen das Kapital durchsetzen würde, können bis in alle Ewigkeit warten.

Die Notverordnung Fritz Eberts gegen den Markturz ist eine der typischen politischen und wirtschaftlichen **Schwindelmaßnahmen der Arbeitsgemeinschafter,** die dem Kapital nicht an den Kragen zu gehen wagen. In wenigen Wochen, wenn nicht Tagen, wird die bittere Enttäuschung folgen, wie sie bisher auf alle Scheinmaßnahmen der Regierung gefolgt ist. Helfen kann allein gegen die wachsende Not, gegen die Brotverteuerung — der bisher einzige reale Erfolg der Vereinigung der Sozialdemokraten — die Organisierung der Kontrollausschüsse, die zeitragen sind von dem bewußten Willen der breiten Massen, endlich Schluß zu machen mit dem Wucher durch den Beginn der **Preis- und Produktionskontrolle** und der wirklichen **Sachwerterfassung.**

Die Notverordnung Fritz Eberts ist ein **Ausdruck** der Wirtschaftsdiktatur des Schwer- und Banktapitals. Ihr muß das Proletariat seine Gegenmaßnahmen entgegenstellen.

Die Seelengemeinschaft der Valuta

Dem armen „Vorwärts" ist das Gehirnschmalz ausgegangen, weil der Dollar in die Höhe springt. Er drückt deshalb von überall her das rührende Gestammel derjenigen ab, die sich zwar berufsmäßig mit Valutageschäften befassen, aber nicht recht wissen, ob und wie etwas zur Verhinderung des deutschen Bankrotts unternommen werden kann. Unter der doppelten Ueberschrift: „Wirtschaft. Stützt den Devisenkurs" übernimmt das Blatt der WSPD. ein Stück aus der „Frankfurter Zeitung", das es „beachtlich" nennt, wahrscheinlich weil darin zum hunderttausendsten Male die alberne Redensart von der „eigenen höchsten Anstrengung", vom „spartanischen Arbeiten und Leben", von der „Steigerung der Produktion" und von der „Ordnung der inneren Staatsfinanzen" breitgetreten wird. Es handelt sich um rührende Deklamationen bankrotter Kleinbürger und das einzige praktische Rezept besteht im Vorschlage der „Einsetzung des Geldbestandes der Reichsbank, gegen dessen Verpfändung im gewissen Umfange Devisen im Auslande beschafft werden könnten". Die Armut kommt von der Powerteé, sagte Onkel Bräsig. Jeder Narr weiß aber, daß die deutsche Währungskrise zum großen Teil stammt von der Devisenbeschaffung. Jetzt will der brave „Vorwärts" die Armut durch die Powerteé kurieren und seine lumpigen Bestände an Reichsbankgold „verpfänden", um für zwei Wochen eine Stabilisierung des Markkurses zu erreichen. Die Burschen reden immer von Katastrophenpolitik der Kommunisten. Ihre eigene Politik könnte man sicherlich mit mehr Recht so nennen, wenn sie Politik wäre.

Das Protokoll von Mudania

WTB. **Paris,** 12. Oktober.

Das am 11. Oktober von den militärischen Delegierten Englands, Frankreichs, Italiens und der Türkei unterzeichnete Abkommen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Griechenland und der Türkei wird von der Agentur Havas im Wortlaut veröffentlicht. Die wesentlichsten Bestimmungen sind: Die Feindseligkeiten werden aufhören, wenn das getroffene Abkommen in Kraft getreten ist. Die griechischen Truppen sollen sich alsdann auf das linke Ufer der Maritza zurückziehen. Das rechte Ufer wird von alliierten Abteilungen besetzt. Die griechischen Truppen und Behörden sollen sobald als möglich Thrazien räumen. Mindestens 30 Tage nach Beendigung der Räumung soll die Zivilgewalt durch Vermittlung der alliierten Behörden in die Hände der Türken übergeben werden. Die Räumungs- und Uebergabemaßnahmen vollziehen sich unter der Leitung der alliierten Kommissionen, zu deren Unterstützung etwa 7 Bataillone in Thrazien bleiben. Die alliierten Kommissionen und Truppen haben spätestens 30 Tage nach Beendigung der Räumung das Land zu verlassen. In Kleinasien bleiben die türkischen Truppen in der Gegend von Tschanak auf einer etwa 15 Kilometer von der Küste entfernten Linie stehen. Die alliierten Regierungen und die Angoraregierung verpflichten sich, auf der Halbinsel Tamid ihre Truppenstärke nicht zu erhöhen. Die Regierung von Angora verpflichtet sich, bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages keine Truppen nach Ostthrazien zu befördern.

Die Regierung in Athen hat die Presse wissen lassen, sie werde in drei Tagen das Mudaniaabkommen unterzeichnen. Sie warte nur noch die Rückkehr der griechischen Delegierten ab.

600 Telephonistinnen aufs Straßenpflaster geworfen. Die Oberpostdirektion in Berlin hat rund 600 Telephonistinnen, die auf Privatdienstvertrag angestellt waren, zum 1. November gekündigt.

Der Prozeß gegen die Rathenaumörder

Der Staatsgerichtshof gibt das Stichwort zu Techows Entlastung

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Leipzig, 12. Oktober.

Am Donnerstag ereignete sich im Rathenaumordpropeß unmittelbar vor den Plädoyers der Verteidiger eine Szene, die wie nichts zuvor die Verhandlungsweise des Staatsgerichtshofs ins richtige Licht rückt. Der Vorsitzende Dr. Hagens, beschwor den Mörder Techow förmlich, durch Belastung seines toten Mittäters Kern sich soweit zu entlasten, daß er als der vergewaltigte Mittäter wider seinen Willen dasteht. Bevor er den Verteidigern der Angeklagten das Wort erteilt, ruft er den Angeklagten Ernst Techow vor und fragt ihn angesichts der beantragten Todesstrafe in offensichtlicher Gemütsbewegung, warum er denn eigentlich Kern das Ehrenwort zur Ausführung der Tat gegeben habe. Nach einigem Zögern und gütlichem Zureden stammelt er, er hätte es getan, weil er fürchtete, daß Kern ihn sonst niedergeschossen hätte. Da Techow hierdon noch nie gesprochen hatte, greift der Oberreichsanwalt ein und fragt, wer denn Zeuge einer dahin abzielenden Aeußerung gewesen sei. Techow erklärte, er hätte nach dem Charakter Kerns und nach Bemerkungen darauf geschlossen, die allerdings nur unter vier Augen gefallen seien. Während der Vorsitzende von diesem plötzlichen Schachzug der Selbstverteidigung sehr günstig berührt erscheint, bleibt nicht nur der Ankläger skeptisch gegen solchen Rettungsversuch im letzten Augenblick . . . Die Szene muß im Dialog genossen werden:

Vors.: Techow, Sie sagen hier, Sie mußten. Weshalb mußten Sie denn? Techow (fast unverständlich): Darüber möchte ich nicht sprechen. Wenn ich das hier erzählen wollte, würde es ein schlechtes Licht auf Kern werfen. Vors.: Techow, denken Sie jetzt an sich, denken Sie an Ihre Familie, denken Sie an Ihre Mutter. Kern ist tot, und Ihnen, das überlegen Sie sich doch, kann unendlich viel passieren. Es geht um Ihr Leben. Sprechen Sie sich aus. Weshalb gaben oder mußten Sie Kern Ihr Ehrenwort geben?

Techow (völlig zusammengebrochen, weinend): Ich habe damals eine falsche Aussage gemacht, um das, was passiert war, zu verbergen: Kern hätte mich, wenn ich mich geweigert hätte, niedergeschossen. (Der Angeklagte weint, Bewegung im Saal.)

Vors.: Also das ist so! Sie fürchteten, daß Kern Sie niederschießen würde? Techow, ist das nun die reine Wahrheit? Techow (weinend): Jawohl. Vors.: Techow, es geht um Ihr Leben, lassen Sie jetzt alle vermeintliche Rücksicht auf den Verbrecher Kern fallen. Sagen Sie mir, was Kern Ihnen gesagt, wie er Ihnen gedroht hat. Techow (mühsam sprechend): Kern sagte: Wenn Du Dich weigerst, dann schieße ich Dich nieder. (Große Bewegung.)

Natürlich zieht die Bourgeoisie sofort die Konsequenzen, indem sie gegen das beantragte Todesurteil protestiert. Die „DAZ." behauptet, daß sich jetzt doch gewisse Gefühle für den jungen Mann regten, der eine mißverstandene Kameradschaft bis zum letzten Augenblick zu wahren gesucht, und sich erst angesichts des Todes entschlossen hatte, die letzten Rücksichten fallen zu lassen." (!)

Der deutschnationale Meuchelmörder erhält also flugs eine Märtyrergloriole. Das ist bürgerliche Klassenjustiz.

*

Die Plaidoyers der Verteidiger

Von den Verteidigern hielt als erster Rechtsanwalt Feld sein Plädoyer für Voß; er schließt sich dem Antrag des Oberreichsanwalts auf Freisprechung kurz an, da ja die Anklage gegen ihn zusammengebrochen ist und auf den ehemals unabhängig und kommunistisch verdächtigten Ludendorff und seine Leute die ganze Schuld des Mordanschlags abzuwälzen trachteten . . .

Als erster der deutschnationalen Verteidiger beginnt Justizrat Hahn, ein politisches Plädoyer, um die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsch-Völkische, die Organisation C, den deutschnationalen Jugendbund und alle, mit der Mordtat verknüpften Organisationen, reinzuwaschen. Ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Es wird dadurch nicht besser, daß dieser Fürsprecher Helfferichs den toten Rathenau jesuitisch lobt und den gleichfalls meuchlings ermordeten „Juden Eisner" schnöde beschimpft.

Als zweiter Verteidiger der beiden Techows spricht dann Rechtsanwalt Sack, der auch Techows Mittäterschaft in das Licht einer untergeordneten Gehilfenschaft zu rücken sucht. Der zweite Techow sei ein „junger Dachs", der als Großtuer ohne Einsicht sich weder der Beihilfe noch der Begünstigung klar gewesen und freizusprechen (!!) sei.

Als dritter Verteidiger der Techows bekam das Wort Dr. Lütgenbrunn.

*

Für den Angeklagten Günther sprach Rechtsanwalt Gollnick und trat dafür ein, daß die bei ihm angeblich verminderte Zurechnungsfähigkeit auch seine Strafbarkeit verringere. Der Verteidiger von Salomon, Dr. Pohl, beantragte Freisprechung seines Klienten. Er erklärte dabei, daß bei der von ihm lediglich beabsichtigten Waffenschiebung ins Ausland auch eine höhere Stelle der Reichsregierung beteiligt gewesen wäre, worüber er sich in der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Reichsinteressen nicht äußern könne. Da von dem Kasseler Reichswehrkommando im Prozeß öfters die Rede war, scheint diese Stelle für Spionage, Spitzelwesen, Waffenschiebungen und Gefangenenbefreiung besonders interessiert zu sein.

Aus den Reden der übrigen Verteidiger sei noch hervorgehoben, daß auch der Rechtsanwalt Bloch, der für Steinbeck Freisprechung beantragte, von der Waffenschiebung ins Ausland redete, die für die „Brüder in Not" bestimmt gewesen sei. Die Waffen sollten angeblich von Grimma über Dresden ins Ausland gehen, wahrscheinlich nach Polen oder Oberschlesien. Es sprach dann noch Rechtsanwalt Grewing für den Angeklagten Ilsemann und auch hier lautete der Antrag auf Freisprechung. Man wundert sich bei diesem Mordprozeß schon gar nicht mehr, wenn alle Beteiligten schließlich von gewisser Seite einen Lorbeerkranz aufs Haupt gedrückt bekommen.

Am Freitag wird die Serie der Verteidigungsreden zunächst mit einem Plädoyer des Rechtsanwalts Dr. Alsberg fortgesetzt.

33 VSPD.-Zeitungen gehen ein

Nach Meldungen bürgerlicher Zeitungen ist in einer Generalversammlung der VSPD.-Leipzigs mitgeteilt worden, daß die VSPD. 33 Parteizeitungen eingehen lassen muß. Damit setzt sich nicht nur die Wirkung der ungeheuren Papierpreise und die Not der Presse im allgemeinen, sondern auch, daß selbst die große, reiche Ministerpartei sich nicht den Einfluß zu sichern vermag, den sie gern haben möchte. Trotz aller mysteriösen Geldquellen, trotz der reichlichen Geldzuwendungen der Parvus und Co. und anderer Kriegs- und Valutagewinnler geht es abwärts.

Die „wahrhaft christliche" Sozialdemokratie

Mit welchen Mitteln die Sozialdemokraten, die auf starken Zuzug aus der klassenbewußten Arbeiterschaft nicht mehr rechnen können, auf Stimmenfang ausgehen, das beweist ein Wahlflugblatt, das in Heinrichswalde (Ostpreußen) und anderen Orten verteilt wurde. Die Frage: „Welche Partei wählt der gläubige Christ?" wird darin folgendermaßen beantwortet:

„Die deutschnationalen Volksparteien reden nur christlich, die Sozialdemokraten dagegen handeln christlich!!! Drum wählt ein gläubiger Christ die Sozialdemokratische Partei!! —

Die sozialdemokratische Partei steht zweifellos den Lehren unseres Heilandes am nächsten und, wie zahlreiche Gelehrte und erste Christen mit Recht behaupten, ist unser Herr und Heiland der bedeutendste Vorkämpfer für den Sozialismus gewesen. Zur Aufklärung sei hier bemerkt, daß der Sozialismus durchaus nicht mit dem alles zerstörenden Kommunismus zu verwechseln ist.

Darum Ihr gläubigen Christen, laßt Euch nicht . . . irre führen, denn die Vertreter des Maulchristentums verbreiten das Märchen, die Sozialdemokraten wollten die Kirche abbrechen usw. Richtig ist, daß die Sozialdemokratische Partei den reaktionären Pfarrern auf die Finger sieht, um die Kirche auch wirklich als ein Bethaus zu erhalten.

Christen, gebt Eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei, dieser staatserhaltenden, vaterländischen und wahrhaft christlichen Partei! Keine Stimme den nationalistischen Volksparteien und keine Stimme der Kommunisten, diesen Feinden des Christentums und des deutschen Volkstumes!"

Unterschrieben ist dies herrliche Machwerk vom Bund religiöser Sozialisten, dessen Führer, der Pfarrer Bleiser, öfters im „Vorwärts" schreibt. Es handelt sich also um eine parteioffiziöse Kundgebung. Dieselben christlichen Phrasen, mit denen die Pfaffen beider Konfessionen das arbeitende Volk verdummen und gegen die aufgeklärte Arbeiterschaft hetzen, wenden diese sauberen Sozialdemokraten an, um bei unaufgeklärten Arbeitern und Kleinbürgern auf Gimpelfang auszugehen.

Paul Levi, der Komitatschi

Da die WSPD. mit dem „neubacken international verschmolzenen" Paul in Deutschland keinen Staat mehr machen kann, reist er — um mit den Worten unserer tschechischen Genossen zu sprechen — als Komitatschi (Sachwalter) der deutschen Bourgeoisie in der Tschechei herum, um dort die paar vorhandenen Sozialdemokraten in intimen Versammlungen mit seinem Parteigenossen Noske zu versöhnen. Wo aber Paul auch hinkommt, nirgendswo heißt es: „Paul kam, sah und siegte", sondern überall zeigte sich, daß Paul kam, sprach und ausgepfiffen wurde. In Aussig Bodenbach, Reichenbach, überall gab es zwar ein logenannites Sensatiönchen, aber zum Schluß blieb die sehnlichst erwartete Ovation für seine wertvolle Persönlichkeit aus, und die tschechische Arbeiterschaft pfiff ihn aus, so daß er seine Antibolschewistenhetze nicht zu Ende führen konnte.

Besonders klassisch gestaltete sich sein Kneifen in Reichenbach. Dort hatten unsere Genossen ausdrücklich eine Versammlung für den Komitatschi angesetzt, wodurch seine Reise insofern einen Zweck bekommen sollte, als er vor der intimen Zusammenkunft mit dem Häuflein Sozialdemokraten vor aller Oeffentlichkeit zum Reichenbacher Proletariat sprechen konnte. Dazu war er in einem offenen Briefe im Reichenbacher „Vorwärts" ehrenvoll eingeladen worden. Paul jedoch antwortete ablehnend. Die fadenscheinige Begründung sagte u. a.: er habe nicht genug Zeit, zumal er bei dem „angeborenen feinen Gefühl für Disziplin" der tschechoslowakischen Genossen nicht wagen könne, zu seiner Versammlung schließlich zu spät zu kommen. Unsere Genossen haben in Würdigung dieser dem Paul Levi angeborenen feinen Logik und den „angeborenen feinen" Argumenten den Beschluß gefaßt, geschlossen in die Versammlung des Herrn Levi zu marschieren, um den großen Mann auf diese Weise zu ehren und hören.

Ausland

Der Kampf der Arbeitslosen in der Tschechei

(Eigene Drahtmeldung.)

Prag, 12. Oktober.

In Gablonz kam es zu einer großen Demonstration von 4000 Arbeitslosen. Sie erzwangen die Freilassung von neun Arbeitern und Arbeiterinnen, die am Tag zuvor von der Gendarmerie verhaftet worden waren. Neben der riesigen Arbeitslosenkrise ist es der Streik der Bergarbeiter im Ostrauer Revier, der zur Verschärfung der Situation in der Tschechoslowakei beiträgt. In diesem Revier befinden sich 50 000 Bergarbeiter im Streik.

Ergebnis der Messe in Nishni-Nowgorod

OE. **Moskau,** 12. Oktober.

Die ersten abschließenden Berichte über die Ergebnisse der Nishni-Nowgoroder Messe liegen nunmehr vor. Es wird allgemein festgestellt, daß die Höhe der Umsätze die ursprünglichen bescheidenen Erwartungen stark übertroffen habe. Besonders groß gestalteten sich die Umsätze des zentralen staatlichen Ein- und Ausfuhrkontors (Gostorg). Es sind insgesamt etwa 50 000 Tonnen Waren zur Messe gebracht worden gegen 200 000 Tonnen in dem schon durch Kriegsausbruch beeinflußten Jahre 1914.

Nach der Spaltung der Sozialistischen Partei Italiens

(Eigene Drahtmeldung)

Rom, 12. Oktober.

Die Zentrale der linken Sozialisten Italiens hat eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt (Serrati, Fioritto und Riboldi). Die Kommission hat den Auftrag, sofort die Verbindung mit der Kommunistischen Partei aufzunehmen, um den gemeinsamen Kampf des revolutionären Proletariats zu ermöglichen.

Lloyd Georges Stellung wieder gesichert

(Eigener Drahtbericht.)

London, 13. Oktober.

Eine Reihe von einflußreichen englischen Politikern, darunter auch Gegner Lloyd Georgs haben ihm ausdrücklich ihr Vertrauen ausgesprochen, aber erklärt, daß sie vorläufig Neutralität beobachten würden. Infolgedessen ist die Stellung Lloyd Georgs trotz der heftigsten Angriffe, die in letzter Zeit gegen ihn erfolgten, wieder gesichert. Er will nunmehr an die Bürgerschaft appellieren.

Gewerkschaftsbewegung

Crispien, der Zellenbauer

Nach einem Bericht des „Vorwärts" hat Crispien vor den Berliner Anhängern der Amsterdamer Richtung im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband ein Referat über die Einigung gehalten. Außer den üblichen Lügen über die Vorgänge in Rußland, behauptete er, daß im gegebenen Augenblick die Koalitionsregierung das kleinere Uebel sei. Der Zusammenschluß der politischen Richtungen gegen die Moskauer müsse auch im Gemeindearbeiterverbande erfolgen.

Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Herr Crispien im Verlaufe seiner politischen Karusselfahrt auch auf die Zellenbauerei gekommen ist. Unsere Genossen werden nicht verfehlen, wenn irgendwo wieder das Gegreine über die Moskauer Zellen anhebt, die Aeußerungen des Herrn Crispien den heuchlerischen Amsterdamern um die Ohren zu schlagen.

Die Hineingefallenen

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" vom 8. Oktober wird festgestellt, daß das Ueberschichtenabkommen ein völliges Fiasko erlitten hat. Eine der größten und bestgeleiteten Bergwerksgesellschaften des rheinisch-westfälischen Reviers hat gange 14 Tonnen auf Grund des Ueberschichtenabkommens mehr gefordert. Diese 14 Tonnen Kohlen sollen der Gesellschaft 180 Millionen Mark gekostet haben.

Wir würden den Kohlenbaronen diesen Reinfall von Herzen gönnen, wenn wir nicht sicher wären, daß sie es wieder verstehen, diese Mehrausgaben auf die Verbraucher abzuwälzen. Umso größer ist aber das Verbrechen derjenigen Bergarbeiterführer, die dem Bergproletariat eine Mehrleistung aufgedrängt haben, zu der sie körperlich gar nicht imstande sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0002

während des Kampfes um die Macht in ein Deckschild, eine aktive Hilfstruppe der Bourgeoisie; sie werden nach Eroberung der Macht die Herde der konterrevolutionären Propaganda, Organisation und Aktion, der Sammelpunkt, um den sich alle Klassen und Schichten gruppieren, die sich gegen die proletarische Staatsmacht auflehnen.

Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu den reformistischen Arbeiterparteien ist deshalb nur Kampf bis zu ihrer vollständigen Ueberwindung.

Die reformistischen Gewerkschaften, in denen die proletarischen Massen gesammelt sind, stehen, wie die zentristischen und reformistischen Parteien, im Lager der Bourgeoisie; sie verraten die Arbeiterinteressen tagtäglich, indem sie aus Furcht vor dem revolutionären Machtkampf im Interesse des kapitalistischen „Wiederaufbaues" sogar in den einfachsten Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit gegen die Arbeiter mit der Bourgeoisie in Harmonie und Arbeitsgemeinschaft zusammengehen. Diese Massenorganisationen des Proletariats gilt es zu erobern, von der reformistischen Führung zu reinigen und ihre bürokratische Verknöcherung zu beseitigen durch die Betriebsräte, die die lebendigen und im revolutionären Kampf immer bedeutsamer werdenden neuen Gewerkschaftsorgane sind.

Indem die Kommunistische Partei die Führung in diesem revolutionären Kampf übernimmt, schafft sie in den Arbeiterräten die dem Proletariat spezifischen Klassenorgane, in denen über alle Differenzierungen hinweg das gesamte Proletariat organisiert wird. Unter Führung der Kommunistischen Partei werden die Arbeiterräte, im ideologischen und Machtkampf geschult, zum Organ der Arbeiterklasse für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Im Feuer des Bürgerkrieges, im harten, opferreichen Ringen um den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft überwindet das Proletariat die Reste des bürgerlichen Denkens und Handelns, wird kommunistisch, wirft den bürgerlichen Klassenfeind nieder und schafft in dem Umfange, in dem es gelingt, die bürgerliche Klasse zu vernichten, die klassenlose Gesellschaft, die keine Ausbeutung und keine Unterdrückung mehr möglich macht, weil anstelle der schmutz- und bluttriefenden bürgerlichen Gesellschaft die klassenlose Gesellschaft sich selbstverwaltender freier Menschen tritt.

In seinem Befreiungskampf wendet das Proletariat alle Kampfmittel an, die die Verhältnisse ihm in die Hand geben, und die geeignet sind, den Gegner zurückzuwerfen und den proletarischen Kampf selbst zu organisieren: vom ökonomischen Streik bis zum politischen Massenstreik, von der öffentlichen Versammlung und der friedlichen Demonstration bis zum bewaffneten Aufstand.

III. Die Rolle der Gewalt.

22. Die Bourgeoisie, einschließlich ihrer sozialdemokratischen Lakaien, zetert über die gewaltsamen Methoden der Kommunisten, über den kommunistischen Terror.

Diese Klage der Bourgeoisie über kommunistische Gewalt ist grobe Heuchelei.

Die Bourgeoisie selbst ist nur durch eine Reihe blutiger Revolutionen, durch Krieg und Bürgerkrieg zur Herrschaft gelangt. Ihre staatliche „gesetzliche" Macht ist selbst ein Ergebnis der Revolution.

Die Bourgeoisie hat von Anbeginn ihrer Laufbahn die Gewalt in ihrer konzentriertesten Form angewandt, um ihren Herrschaftsbereich zu erobern, auszudehnen und zu behaupten.

Die Bourgeoisie in ihrer heutigen imperialistischen Aera hat die gewaltsamen Methoden ihrer Herrschaft aufs höchste gesteigert.

Die Bourgeoisie, die den Boden ihrer Herrschaft unter den Füßen wanken sieht, ergänzt allenthalben die legale staatliche Gewalt durch die illegale, außerstaatliche.

Die Bourgeoisie pfeift auf alle ihre Gesetze, wo sie ihre Herrschaft bedroht sieht.

Die „friedliche" Demokratie existiert nur in Zeiten geschichtlicher Stagnation, fester Klassenverhältnisse, aufsteigender kapitalistischer Entwicklung.

In den Zeiten des kapitalistischen Abstiegs, der Erschütterung aller Klassenverhältnisse, ist die „friedliche Demokratie" nur eine Maske vor dem eisernen Gesicht der bürgerlichen Diktatur.

Die „Gewaltlosigkeit" wird zur Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat in dem Augenblick, wo die Arbeiterklasse das physische, zahlenmäßige Uebergewicht über die Bourgeoisie erlangt, sich ihres Gegensatzes zur Bourgeoisie bewußt zu werden beginnt und ihr zahlenmäßiges physisches Uebergewicht über sie zur Geltung bringt.

Die Bourgeoisie selbst lacht der Zumutung der Gewaltlosigkeit.

Sie hat gegenüber der proletarischen Revolution in Sowjetrußland unzählige Bürgerkriege, Verschwörungen, Aufstände angezettelt, sie hat den gegenrevolutionären Krieg wieder und wieder ins Land getragen. Sie hat die proletarischen Erhebungen am Ende des Krieges in Mitteleuropa in Strömen von Blut erstickt. Sie hat den Terror, den politischen Mord, die Verschwörung zu ihrer stehenden Waffe gemacht.

Sie kehrt die Teufeleien des Weltkrieges, von den Giftgasen bis zu den bombenwerfenden Flugzeugen und den Tanks, gegen die aufsteigende proletarische Revolution.

Die bürgerliche Gewalt ist die Gewalt im Interesse der Minderheit gegen die Interessen der breiten Volksmassen.

Die proletarische Gewalt ist die zusammengefaßte Gewalt der breiten Volksmasse gegen die herrschende Minderheit.

Die bürgerliche Gewalt ist reaktionär, die proletarische Gewalt ist revolutionär.

Die Kommunisten leugnen nicht, daß nur die Gewalt, der Bürgerkrieg in seiner schroffsten Form die bisher herrschenden Klassen stürzen wird.

Die proletarische Gewalt ist unvermeidlich, solange die bürgerliche Gewalt der Minderheit die breiten Volksmassen in Ausbeutung und Knechtschaft halten soll. Sie wird überflüssig in dem Maße, wie die bürgerliche Minderheit sich der proletarischen Mehrheit unterordnet — wie sie ihre Klassenansprüche aufgibt.

Die bürgerliche Gewalt strebt danach, die gewaltsame Beherrschung der breiten Volksmassen zu verewigen.

Die proletarische Gewalt strebt danach, sich selbst überflüssig zu machen.

Die proletarische Gewalt als die Gewalt der Volksmehrheit tritt offen als Klassengewalt auf.

Die bürgerliche Gewalt, als die Gewalt einer kleinen Minderheit, ist ständig genötigt, sich selbst zu verleugnen.

23. Um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, muß die Kommunistische Partei alle Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie ausnutzen (Parlamente, Gemeinde, Verwaltungen usw.). Sie muß trachten, die Massenorganisationen des Proletariats (Gewerkschaften, Genossenschaften) zu erobern, um diese Organisationen umzuformen aus Trägern der bloßen Reformen in die breiten Sturmkolonnen, die die Bourgeoisherrschaft stürzen.

Ausschlaggebend ist in allen Kämpfen die Aktion der breiten Volksmasse selbst.

Individueller Terror und Einzelsabotage sind keine geeigneten Mittel des proletarischen Klassenkampfes.

IV. Die bürgerliche Demokratie.

24. Das Proletariat kann die politische Gewalt nicht mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie erobern und festhalten. Die bürgerliche Demokratie ist die letzte, entwickelste Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft.

Sie ist die Staatsform, in der in den kapitalistisch entwickelten Ländern der Klassenkampf endgültig auszufechten ist.

Die Staatsmaschine der bürgerlichen Republik ist wie die aller früheren Staatsformen der kapitalistischen Gesellschaft eine Maschine zur gewaltsamen Unterdrückung der ausgebeuteten durch die ausbeutenden Klassen.

Die bürgerliche Demokratie ist gegründet auf die formelle Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Aber die wirtschaftliche Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer macht die Rechtsgleichheit zur tatsächlichen Ungleichheit.

Dem Scheine nach haben alle Staatsbürger gleiche Rechte und Freiheiten. In der Wirklichkeit haben nur die Besitzenden die Möglichkeit, von den demokratischen Rechten voll Gebrauch zu machen; die Nichtbesitzenden sind in ihrem Gebrauch beschränkt oder von ihm ausgeschlossen.

Die Versammlungsfreiheit! Aber die Kapitalisten allein haben die nötige Muße, sie besitzen die Versammlungssäle, ihnen dient die große Schar redegeübter Intellektueller und politischer Agenten.

Die Pressefreiheit! Aber die Kapitalisten sind die Besitzer der Druckereien und Papierfabriken, sie können die geübtesten Schriftsteller und Schreiber in ihre Dienste nehmen.

Gleiches Recht! Aber die Richter sind Fleisch vom Fleisch der Bourgeoisie.

Freiheit der Wissenschaft! Aber die Wissenschaft ist das Privileg der Besitzenden, sie ist daher bürgerliche Klassenwissenschaft.

Gleiches Wahlrecht! Aber die Bourgeoisie sichert sich das Uebergewicht vermittels der Beherrschung der Presse, der Schule, der Kirche, durch die tausend Mittel, durch die sich ökonomische Uebermacht durchsetzt.

Die Bourgeoisie beherrscht das Parlament durch das offene und geheime Spielenlassen ihrer wirtschaftlichen Machtmittel.

Aber das Parlament ist nur ein Teil der Regierungsmaschine.

Die tatsächliche Staatsverwaltung wird ausgeübt durch die staatliche Bürokratie.

Die wichtigsten leitenden Stellen der staatlichen Bürokratie sind im Besitz der herrschenden Klassen. Die staatliche Bürokratie lebt abgewendet von den breiten Volksmassen, sie ist ihrem unmittelbaren Einfluß entzogen. Sie steht dafür unter dem ausschlaggebenden Einfluß der bürgerlichen Klassen.

Die tatsächlichen Machtmittel der bürgerlichen Demokratie sind vereinigt in den Händen der Polizei- und Heeresmacht.

Die bürgerliche Demokratie erweitert die überkommene Staatsmaschine, sie fügt ihr Teile der beherrschten Klassen ein, aber sie verstärkt dadurch nur dieses Unterdrückungsmittel.

Die bürgerliche Demokratie als die letzte, entwickeltste Form der bürgerlichen Klassenherrschaft bietet dem proletarischen Klassenkampf einen größeren Spielraum, als absolutistisch-monarchistisch-feudalistische Staatsformen.

Gegenüber dem Absolutismus und Feudalismus ist die bürgerliche Demokratie ein Schritt vorwärts.

Die Arbeiterklasse muß gegenüber Absolutismus und Feudalismus die bürgerliche Demokratie erkämpfen.

Sie ist verpflichtet, jedem Versuche, die bürgerliche Demokratie zugunsten absolutistischer Herrschaft zu beseitigen, mit äußerster Energie entgegenzutreten.

Aber um seine eigene Klassenherrschaft aufzurichten und auszuüben, muß das Proletariat die bürgerliche Staatsmaschine und damit den bürgerlichen Staat sprengen und die proletarische Staatsgewalt aufbauen.

V. Die proletarische Diktatur.

25. Der nächste Zweck der proletarischen Diktatur ist die gewaltsame Niederhaltung der bisher herrschenden kapitalistischen Minderheit durch die staatlich zusammengefaßte und organisierte Gewalt der proletarischen Mehrheit, ist die Verwaltung des gesamten öffentlichen Lebens durch das Proletariat, die Entreißung aller ökonomischen Machtmittel aus den Händen der Bourgeoisie und der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

Die proletarische Diktatur macht für die breiten Volksmassen die Scheinrechte und Scheinfreiheiten der bürgerlichen Demokratie erst zu wirklichen Rechten und wirklichen Freiheiten.

Die proletarische Diktatur gibt Rechte allen denen, die arbeiten, und nur denen, die arbeiten.

Die proletarische Diktatur hebt die staatliche Bürokratie, die Parlamente, die Berufsrichter, die bürgerliche Polizei und Armee auf.

Sie hebt die Trennung der Staatsgewalten auf.

Die proletarische Diktatur setzt an die Stelle der bürokratisch-militärischen Beherrschung der Volksmassen — die Selbstverwaltung durch die Arbeiterräte (und Kleinbauernräte) in Gemeinde, Kreis, Provinz und Staat.

Die Arbeiterräte sind keine parlamentarischen, sondern arbeitende Körperschaften. Sie vereinigen Gesetzgebung, Verwaltung, Kontrolle, Exekutive und Rechtsprechung in ihrer Hand.

Wie die Arbeiterräte die Macht nur erobern können, geführt von der revolutionären Partei des Proletariats, den Kommunisten, so können sie sie nur unter kommunistischer Führung gegen alle Widerstände festhalten.

Die Arbeiterräte werden nicht territorial, sondern nach Betrieben und Wirtschaftskörperschaften gewählt. Sie arbeiten gegen Arbeiterlöhne. Sie sind jederzeit abberufbar.

Die proletarische Staatsgewalt stützt sich auf das bewaffnete Proletariat, dessen aktiver Teil die Rote Garde und die Rote Armee, dessen Reserve die Rote Miliz ist. Die proletarische Staatsgewalt bedient sich des proletarischen Klassengerichts: der Revolutionstribunale zur beschleunigten Aburteilung ihrer Gegner und zur Bestrafung der Verbrechen an der revolutionären Disziplin, der permanenten proletarischen Klassengerichte für die übrigen Streitfälle.

Die proletarische Staatsgewalt entreißt die Presse, die Versammlungssäle, die Schule der Bourgeoisie. Die proletarische Staatsgewalt verwirklicht für die Gesamtheit die gesellschaftliche Erziehung aller, ohne Unterschied des Geschlechts. Die Schule des proletarischen Staates vereinigt die Erziehung der Hand mit der des Kopfes, sie verbindet die Ausübung produktiver Arbeit mit der theoretischen Ausbildung.

Der proletarische Staat vollendet die Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule; er überläßt den Unterhalt der Kirche und ihrer Priester den Gläubigen.

Der proletarische Staat gibt allen bisher unterdrückten Nationen und Teilen von Nationen die volle Freiheit, sich selbständig staatlich zusammenzuschließen.

Der proletarische Staat vernichtet mit der Herrschaft der Bourgeoisie und der bürgerlichen Eigentumsordnung die soziale Grundlage jedes Herrschaftsverhältnisses von Menschen über Menschen. Er hebt damit die Herrschaft des Mannes über die Frau auf. Er gliedert diese als gleich verpflichtet und gleichberechtigt der gesellschaftlichen Wirtschaft ein, wertet und schätzt die Mutterschaft nach ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und verbürgt die vollkommene Rechtsgleichheit der Geschlechter. Er wälzt die alte Form der Familie um, die auf der Ausbeutung und Unfreiheit der Frau beruht, und verwandelt die Familie in eine freie sittliche Einheit.

Als erste Stufe der Verbindung der nationalen Räterepubliken betrachten die Kommunisten den Bund der Räterepubliken, mit gemeinschaftlicher Leitung des Heereswesens, der Wirtschaft und der Außenpolitik.

Die Kommunisten erstreben die Zentralisierung der Wirtschaft der Räterepubliken.

Für Deutschland erstreben die Kommunisten: die einheitliche sozialistische Räterepublik. Sie fordern die Aufhebung der bisherigen Einzelstaaten und der bisherigen Landes- und Provinzialeinteilung, die Neueinteilung nach Wirtschaftsgebieten.

Die deutsche sozialistische Räterepublik wird es dem freien Ermessen der Bevölkerung der deutschsprechenden Gebiete außerhalb des jetzigen Deutschlands überlassen, ihren Anschluß zu vollziehen.

VI. Uebergangsmaßregeln vor Eroberung der politischen Macht.

26. Arbeiterräte und Parlamente, proletarische und bürgerliche Diktatur können in einem großen Staate in der Zeit der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft auf die Länge nicht nebeneinander existieren. Entweder vernichten die Arbeiterräte die Parlamente, oder die Parlamente vernichten die Arbeiterräte.

Der Sturz der bürgerlichen Demokratie, die Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine ist ein einmaliger, gewaltsamer Akt.

Aber die Schaffung der Arbeiterräte und ihr Heranreifen zu der Machtfülle, die sie befähigt, die bürgerliche Demokratie zu stürzen und zu ersetzen, kann kein einmaliger Akt sein.

Die Arbeiterräte können nicht anders entstehen als im Schoße der bürgerlichen Demokratie selbst. Sie werden — unter welchem Namen, in welchen Formen, mit welchen ursprünglichen Zwecken auch immer — entstehen als die Organe, die der Arbeiterklasse erlauben, ihre organisatorische Zerklüftung zu überwinden, um tatsächlich als Klasse einheitlich zu kämpfen.

Die Arbeiterräte können nur im Feuer zäher, hartnäckiger Klassenkämpfe die zunächst nur organisatorische Vereinheitlichung der Arbeiterklasse in ihre ideelle Vereinheitlichung umwandeln, die die notwendige Voraussetzung für ihren schließlichen Sieg über die bürgerliche Demokratie ist.

Zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Räterepublik liegt also notwendig eine Periode, wo die Arbeiterräte und der bürgerliche Staat nebeneinander bestehen und um die politische Macht ringen. (Doppelregierung.)

Das Entstehen und revolutionäre Heranreifen der Arbeiterräte entspricht dem Wachstum des proletarischen Klassenkampfes nach Umfang, Tiefe und Schärfe und der Schritt für Schritt damit fortschreitenden Klärung des proletarischen Klassenbewußtseins.

Die Arbeiterräte bringen zum Ausdruck, die in der Tiefe und Breite der proletarischen Massen sich vollziehende Entfremdung, Loslösung und Entgegensetzung gegen die Bourgeoisie, aber zugleich auch die Loslösung von denjenigen ihrer bisherigen politischen Führer, die mit der Bourgeoisie eng verbunden sind.

Der Ausdruck der Verbindung der Führung proletarisch zusammengesetzter Massenparteien mit der Bourgeoisie ist dagegen die bürgerlich- sozialistische Regierungskoalition.

Die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition entspricht einer Stufe des Klassenkampfes, wo die Bourgeoisie bereits nicht mehr imstande ist, die proletarischen Massen unmittelbar ideologisch zu beherrschen, wo sie genötigt ist, sich zu diesem Zweck sozial-reformistischer und zentristischer Mittelmänner zu bedienen.

In der Anfangsperiode der Krise des Kapitalismus scheint die Periode der bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung ein unvermeidliches Mittel, um den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten, aber auch um sie durch eigene Erfahrung von ihren bürgerlich-demokratischen Illusionen loszulösen.

Den Kommunisten fällt dabei die Aufgabe zu, diesen Prozeß durch fortlaufende Kritik an der Hand der im Kampf erworbenen politischen und sozialen Erfahrungen der Massen und durch die unausgesetzte Bemühung um die Herbeiführung einer einheitlichen proletarischen Kampffront gegen die Bourgeoisie zu beschleunigen.

Die Voraussetzung dafür ist die Bewahrung der vollen Freiheit der Kritik und der Propaganda und die unbedingte organisatorische Selbständigkeit der Kommunistischen Partei. Die Partei darf die Aktionsgemeinschaft mit anderen Arbeiterparteien und Organisationen nur solange aufrecht erhalten, als das Interesse des Kampfes nicht darunter leidet. Dabei ist anzuknüpfen an diejenigen Teilkämpfe und Teilziele, die der Lage der breiten Massen entsprechen und die der Reife ihres Verständnisses naheliegen (Taktik der Einheitsfront).

In dem Zeitabschnitt, wo die selbständige Massenbewegung des Proletariats eine bestimmte Höhe und Breite erreicht hat, wo ihr Gegensatz zur Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Arbeiterführer sich vertieft, wo sie aber in ihrer Mehrheit noch nicht bereit ist, den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu sprengen, ist die Forderung der Arbeiterregierung das geeignete Mittel, um eine neue Etappe der Loslösung der proletarischen Massen von der Bourgeoisie und einen neuen höheren Ausgangspunkt für ihre Bewegung in der Richtung der proletarischen Diktatur zu erreichen.

Die Forderung der Arbeiterregierung begreift in sich nicht nur die Forderung der Loslösung der Spitzen der reformistischen Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie, sondern vor allem die Schaffung neuer Stützpunkte proletarischer Macht in und durch die Massen selbst, und die Zertrümmerung von Machtstützpunkten der Bourgeoisie. Die entscheidenden Machtstützpunkte der Arbeiterregierung müssen die bewaffneten Proletarier, ihre ausschlaggebende politische Grundlage müssen die Arbeiter (Kleinbauern) und Betriebsräte sein.

Gestützt auf die bewaffneten Arbeiter und die Arbeiterräte, entwaffnet die Arbeiterregierung die Bourgeoisie, zerstört ihre organisatorischen Verbindungen und entfernt die bürgerlichen Elemente aus der bisherigen Staatsmaschine.

Der Etappe der Arbeiterregierung entsprechen eine Reihe ökonomischer und finanzieller revolutionärer Uebergangsmaßregeln, die je nach den einzelnen Ländern und entsprechend der Lage der einzelnen Länder verschieden sein werden.

Diese Uebergangsmaßregeln bewegen sich formell noch im Rahmen der bürgerlichen Eigentumsordnung und Produktionsverhältnisse und des bürgerlichen Finanzsystems, aber sie sind tatsächlich bereits Eingriffe der als Arbeiterregierung konstituierten proletarischen Staatsgewalt, die das Verfügungsrecht der Kapitalisten über ihr Eigentum, die das kapitalistische Profitinteresse bewußt und rücksichtslos im Interesse und zum Vorteil des Proletariats und der breiten schaffenden Massen beschränken.

Für Deutschland und eine Reihe anderer Länder kommen als solche ökonomischen Uebergangsmaßregeln etwa folgende in Betracht:

1. Die Beteiligung des Staates an allen kapitalistischen Großbetrieben (Erfassung der Sachwerte) und die Verwendung der dem Staate zufließenden Betriebsüberschüsse in erster Linie zur Beseitigung der Steuerbelastung der breiten Massen (indirekte, Verkehrssteuern, Lohnsteuern).
2. Die staatliche Syndizierung oder Vertrustung der kapitalistischen Betriebe, an denen der Staat beteiligt ist, unter ausschlaggebender Mitwirkung (Kontrolle) der wirtschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten (Betriebsräte, Gewerkschaften).
   (Produktionskontrolle.)
3. Zu diesem Zweck Aufhebung des Bank-, Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses.
4. Staatliches Lebensmittelmonopol und Rationierung — ebenfalls unter ausschlaggebender Mitwirkung der Organe der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern.
5. Staatliches Außenhandels- und Bankmonopol — wieder unter ausschlaggebender Arbeiter- und Angestelltenkontrolle.

Alle diese Uebergangsmaßregeln sind — obwohl formell noch im Rahmen der bürgerlichen Eigentumsordnung — tatsächlich bereits in schroffem Widerspruch zu dem kapitalistischen Klasseninteresse, sie werden nur im schärfsten, breitesten Kampf gegen die Bourgeoisie durchzusetzen sein. Der erbitterte und planmäßige Widerstand der Bourgeoisie wird die Arbeiterregierung naturgemäß zwingen, schließlich über diese halben und in sich widerspruchsvollen Maßregeln hinauszugehen, und an Stelle der teilweisen Beschlagnahme des bürgerlichen Eigentums und der bloßen Beschränkung des kapitalistischen Verfügungsrechts die volle Aufhebung des bürgerlichen Eigentums an den Produktionsmitteln (Rohstoffen usw.) und die gänzliche Beseitigung des kapitalistischen Verfügungsrechts zu setzen.

Sie wird zu diesem weiteren Schritt gezwungen werden durch die unausbleibliche Erscheinung, daß die Kapitalisten die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0003

Reste ihrer Verfügungsgewalt und ihres Eigentums dazu benutzen werden, um einen hartnäckigen, unerbittlichen, heimtückischen Kampf gegen die Wirtschaft der Arbeiterregierung zu führen, um sie zu desorganisieren und zu sabotieren.

Die Kapitalisten werden aber auch alle unter der Arbeiterregierung noch bestehenden bürgerlichen Staatseinrichtungen benutzen, um von hier aus den politischen Kampf gegen sie zu organisieren und führen: das Parlament, die Justiz, das Heer, die Verwaltung, die Presse, die Schule, die Kirche usw.

Im Verlaufe dieser Kämpfe wird die Arbeiterregierung daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung gezwungen sein, ihre zwiespältige, in sich widerspruchsvolle politische Form aufzuheben, die bürgerliche Staatsmaschine auch formell zu zerbrechen, und die Arbeiterräte zu Trägern der gesamten Staatsmacht zu machen.

Das zeitweilige Nebeneinanderbestehen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie und der Arbeiterräte als um Leben und Tod ringender Mächte, ist eine unvermeidliche Etappe im Uebergang von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur.

Ob die Arbeiterregierung, die letzte mögliche denkbare Etappe vor der Rätediktatur verwirklicht, oder ob sie übersprungen wird, ist nicht von vornherein zu sagen, ebensowenig wie von vornherein zu sagen ist, daß staatskapitalistische Maßregeln im Interesse der Arbeiterklasse eine Uebergangsstufe sein werden, bei der eine gewisse Zeitlang verweilt wird.

Das hindert jedoch nicht, daß die Kommunisten, solange die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht bereit ist, unmittelbar die Rätediktatur und den Sozialismus zu verwirklichen, diese letzten denkbaren Etappen vor der Rätediktatur und dem Sozialismus ganz bewußt und planmäßig ins Auge fassen müssen.

Werden diese Etappen dank dem hartnäckigen Widerstand der Bourgeoisie und der Tatenscheu ihrer sozialdemokratischen Lakaien übersprungen — dann um so schlimmer für die Bourgeoisie.

3. Abschnitt.

Die Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung.

27 Der unter dem Kapitalismus ausgebildete tatsächliche einheitliche Zusammenhang der Weltwirtschaft offenbart sich der kapitalistischen Welt, die diesen Zusammenhang gewaltsam aufhebt, in der schlagenden Form der Zerrüttung der Produktivkräfte.

Die kapitalistische Form der Aneignung ist in grundlegenden Widerspruch geraten zur weltwirtschaftlichen Form der Produktion.

Erst die sozialistische Wirtschaft ist imstande, diesen Widerspruch zu beseitigen und die Weltwirtschaft als ein planmäßiges harmonisches Ganzes zu verwirklichen. Es ist klar, daß die sozialistische Wirtschaft vollendet nur durchzuführen ist im Weltrahmen.

Der sozialistischen Wirtschaft in kapitalistischer Umgebung sind durch diese Umgebung bestimmte Schranken und Opfer auferlegt.

Es ist aber auch klar, daß das in einem oder in mehreren kapitalistischen Großstaaten zur Herrschaft gelangte Proletariat mit der Durchführung sozialistischer Maßregeln nicht warten kann, bis die ganze übrige Welt das Joch der Bourgeoisie abgeschüttelt hat.

Die Schranken und Opfer, die dem sozialistischen Aufbau durch die kapitalistische Umgebung auferlegt sind, werden in dem Maße sich verringern, wie das Gebiet der proletarischen Herrschaft und seine Produktivkräfte sich ausweiten.

Das zur politischen Herrschaft gelangte Proletariat kann jedoch und muß daher sofort mit Maßregeln zur Verwirklichung des Sozialismus beginnen.

Es kann seine im ständigen, offenen und versteckten Kampfe gegen die Kräfte der versinkenden Bourgeoisie zu behauptende Macht nur festhalten, indem es der Bourgeoisie unverzüglich und rücksichtslos ihre ökonomischen Machtmittel entreißt, die die letzte und stärkste Grundlage ihrer politischen Macht bilden.

Es muß zunächst sofort die Maßregeln ergreifen, um den Schutt zu beseitigen, den die zusammengebrochene kapitalistische Wirtschaft und die bankrottierte Finanzwirtschaft des bürgerlichen Staates hinterlassen haben.

Unerläßlich ist:

Die Annullierung der inneren Staats- und öffentlichen Schulden, sowie der Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen in einer bestimmten Höhe, die staatlich zentral festzusetzen sind.

Ferner ist durchzuführen, wo das von der bürgerlichen Republik hinterlassen ist: die Konfiskation der dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.

Der proletarische Staat kann grundsätzlich keine auswärtigen Schuldverpflichtungen, Kriegsentschädigungen usw. des von ihm abgelösten bürgerlichen Staates anerkennen. Er muß unbedingt die Annullierung der auswärtigen Schuldverpflichtungen anstreben.

In welchem Zeitmaße er dieses Ziel wird durchsetzen können, das wird jedoch von dem jeweiligen Verhältnis der bürgerlichen und der proletarischen Kräfte außerhalb seiner Grenzen abhängen.

Als die ersten Schritte zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft fordert die Kommunistische Partei:

1. Die Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften auf Großbetrieben unter einheitlicher zentraler Leitung im Staatsgebiete; die Aufteilung von Großgrundbesitz, der im Kleinbetrieb bewirtschaftet wird.
   Bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zum freiwilligen Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.
2. Enteignung aller Bergwerke, Hütten, Banken, aller Großbetriebe in Industrie, Handel und Verkehr. Zentraler, einheitlicher Wirtschaftsplan. Staatliches Monopol des Außenhandels.
3. Zusammenschluß der industriellen Kleinbetriebe zu selbstverwaltenden Genossenschaften.
4. Allgemeine Arbeitspflicht.
   Vollständiger staatlicher Unterhalt der Arbeitsunfähigen (Kinder, Greise, Kranke usw.) und Arbeitslosen.
5. Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft macht die grundsätzliche Umwandlung der Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin erforderlich. An die Stelle der kapitalistischen Zwangsdisziplin tritt die freiwillige sozialistische Arbeitsdisziplin. Ihre Durchsetzung wird jetzt die Sache der Arbeiter selbst und der von ihnen eingesetzten und kontrollierten Organe in der Fabrik und im Arbeiterstaat.

Mit dem Verschwinden der kapitalistischen Ausbeuter und dem Uebergang der Fabriken, Bergwerke, landwirtschaftlichen Großbetriebe usw. in die Hände der Arbeiter und ihrer Staatsmacht selbst verlieren die bisherigen Kampfmethoden der Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung (Streik, passive Resistenz usw.) ihren Sinn. Sie verwandeln sich jetzt in ebensoviele Anschläge gegen die Arbeitermacht selbst. Sie behalten ihren Sinn nur für diejenigen Betriebe, die der Rätestaat noch in den Händen kapitalistischer Unternehmer gelassen hat. Der Rätestaat ist verpflichtet, in allen Konflikten zwischen Arbeiter und kapitalistischen Unternehmern zugunsten der Arbeiter einzugreifen.

Mit dem Verschwinden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ändert sich ebenfalls von Grund auf die Rolle der Gewerkschaften. Aus Organen des wirtschaftlichen Kampfes und der revolutionären Umwälzung verwandeln sie sich in hervorragend wichtige Organe der Durchführung der sozialistischen Wirtschaft. Zu diesem Zweck müssen sie sich aus Berufs- und Industrieverbänden in Produktionsverbände umstellen. Sie müssen in allen Wirtschaftsorganen des Staates vertreten sein.

Die Konsum- und Produktivgenossenschaften werden der sozialistischen Gesamtwirtschaft eingegliedert. Sie verwandeln sich in staatliche Organe der Verteilung und der Produktion.

28. In dem Maße, wie die proletarische Diktatur ihre Ziele durchsetzt, den Widerstand der Bourgeoisie bricht, den Sozialismus verwirklicht und damit die Klassen aufhebt, macht sie ihre Unterdrückungsorgane, d. h. den proletarischen Staat und damit die letzte Form des Staates überflüssig.

Der Staat stirbt ab.

Die sozialistische Gesellschaft, die notgedrungen mehr oder weniger an die ökonomischen, sittlichen und geistigen Vorstellungen der alten Gesellschaft anknüpft, streift die letzten Erinnerungen an sie ab. Sie geht über in die kommunistische Gesellschaft.

An Stelle des abgestorbenen Staates tritt die gesellschaftliche Verwaltung, deren Grundlage ein geistig völlig umgewandelter Menschenschlag ist.

4. Abschnitt.

Internationale Aufgaben.

29. Die Eroberung und Behauptung der politischen Macht ist in allen Stadien in ausschlaggebender Weise auf das internationale Zusammenwirken der Arbeiterklasse und der vom Kapitalismus unterdrückten Völker angewiesen. Die als Kommunistische Internationale konstituierte einheitliche Kommunistische Partei vertritt bewußt und planmäßig die internationale Einheit des proletarischen Befreiungskampfes. Sie setzt in allen Befreiungskämpfen, die sich im nationalen Rahmen entspinnen, das Gesamtinteresse des Weltproletariats durch. Die Interessen der internationalen Revolution sind allen nationalen revolutionären Interessen übergeordnet. Die Kommunistische Internationale ist das Vaterland aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Nationen. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als eine Sektion der revolutionären Weltmacht der Kommunistischen Internationale eingereiht. Die Kommunistische Internationale faßt alle revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker zusammen zur Verteidigung der bereits bestehenden Proletarierstaaten, zur solidarischen Führung des Klassenkampfes auf internationaler Stufenleiter, zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in den kapitalistischen Ländern, zur Befreiung der Kolonial- und Halbkolonialländer von imperialistischer Knechtung und Bedrückung, zum revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zur Vernichtung der imperialistischen Friedensverträge.

Das Ziel der kommunistischen Internationale ist der Weltbund der Räterepubliken.

Aus dem Trümmerfeld, dem Chaos, der blutigen Barbarei der zusammenbrechenden kapitalistischen Welt, wird die Kommunistische Internationale der unterdrückten Menschheit den Ausweg bahnen. Es gilt, eine Welt von Trümmern aus dem Wege zu räumen, es gilt, eine Welt von Feinden zu besiegen, es gilt, eine neue Welt aufzubauen.

Proletarier und unterdrückte Völker aller Länder um die Fahne der Kommunistischen Internationale, vereinigt Euch!

Aus der Provinz

Parade der Landbündler

Am Dienstag fand in Halle eine Vertreterversammlung des Landbund Provinz Sachsen statt. In den Verhandlungen ist manches interessante Moment zutage getreten, das auch die Oeffentlichkeit stark interessiert. Bekannt ist, daß die Agrarier ungeheure Profite einstreichen; sie schwimmen sozusagen im Gelde. Ebenso bekannt ist aber auch, daß die meisten Steuermogeleien von den Agrariern betrieben werden. Der Landbund hat eine besondere Steuerabteilung eingerichtet, in der die Landbündler über Steuerangelegenheiten „beraten" werden; diese Abteilung besitzt in der Provinz wieder 28 Buchstellen und außerdem sind in Magdeburg und Erfurt besondere Bezirkssteuerstellen eingerichtet. Der Landbundhäuptling sprach allen bei den Steuerabteilungen tätigen Herren den wärmsten Dank aus. Wir verstehen diesen Dank sehr gut und erinnern uns dabei verschiedener Auslassungen von Landräten der Provinz Sachsen in bezug auf Steuerdrückebergerei in der Landwirtschaft.

Mit der Getreideumlage sind die Landbündler natürlich nicht einverstanden, trotzdem sie äußerst minimal ist. Daß sie nicht für sämtliches Getreide Wucherpreise fordern dürfen, hat die Ritter vom Ar und Halm sehr verschnupft. Deshalb sind sie krampfhaft bemüht, sich der Getreideumlage zu entziehen, wobei sie selbst vor den größten Schwindeleien und Schiebungen nicht zurückschrecken. So hat der Landbund an den Reichsernährungsminister eine Entschließung folgenden Inhalts gesandt:

Infolge der ungünstigen Witterung konnten die Hackfrüchte bisher in der Provinz nur zum geringen Teil eingebracht werden. Ja, in den höhergelegenen Gegenden steht vielfach sogar noch das Getreide auf dem Felde. Die Landwirte müssen daher im jetzigen Augenblick alle Kräfte aufbieten, um vor allem die Hackfrüchte noch vor Eintritt des Frostes zu bergen und ihre Felder für die Winterbestellung vorzubereiten. Ihnen ist es infolgedessen auch beim besten Willen nicht möglich, das Umlagegetreide rechtzeitig auszudreschen und zu verladen. Im Interesse der künftigen Ernährung unseres Volkes bitten wir daher, die Kommunalverbände anzuweisen, daß sie Anträgen auf Verlängerung der Ablieferungsfrist für das erste Drittel der Getreideumlage weitgehendst entsprechen.

Das Telegramm läuft auf nichts weiter hinaus, als auf eine Sabotage der Getreideablieferung. Sie spekulieren dabei auf erhöhte Preise, denn sie rechnen damit, daß infolge der Geldentwertung der Ernährungsminister, der sich ihren Wünschen immer gefügig gezeigt hat, den Preis für das Ablieferungsgetreide wieder erhöht. An der nicht rechtzeitigen Einbringung der Ernte ist weniger das schlechte Wetter schuld, sondern vor allem die miserable Entlohnung der Landarbeiter. Hier muß der Hebel angesetzt werden, dann sind solche Spekulationstelegramme hinfällig. Angesichts der jetzigen Situation auf dem Gebiete der Ernährung muß unter allen Umständen auf eine schleunige Ablieferung des Brotgetreides hingewirkt werden. Das Verlangen der Landbündler muß also rundweg abgelehnt werden.

In der Landbundtagung wurde noch mitgeteilt, daß die Landbundabgeordneten einen Antrag einbringen werden, wonach bezüglich der Getreideumlage nachträglich für jede Wirtschaft 20 Morgen freibleiben sollen, natürlich unter entsprechender Herabsetzung der Gesamtumlage. Das Ergebnis wäre natürlich, daß die minderbemittelte Bevölkerung bald überhaupt kein Brot mehr zu essen bekäme, weil sie die ungeheuren Wucherpreise dann nicht mehr bezahlen könnte. Die fortgesetzten Versicherungen der Landbündler, daß ihnen die ausreichende Versorgung der Bewohner in den Städten mit Lebensmitteln sehr am Herzen läge, sind Schwindel. Der Profit ist ihnen die Hauptsache. Beweis: Das ablehnende Schreiben an den Kontrollausschuß in Halle, der sich an den Landbund mit dem Vorschlag gewandt hatte, bei der Preisfestsetzung und Verteilung der Kartoffeln mitzuwirken. Die Bündler wollen sich bei ihren Wucherpreisen nicht in die Karten gucken lassen. Sie wollen sich auch von der Regierung nicht kontrollieren lassen und sind deshalb auch gegen die Getreideumlage. Wenn sie es durchsetzen könnten, würden nur die Besitzenden Brot und Kartoffeln bekommen, weil andere die geforderten Preise einfach nicht bezahlen könnten. Die Unverschämtheiten der Junker müssen deshalb energisch zurückgewiesen werden. Eine Regierung, die den „Wünschen" der Agrarier auch nur im mindesten entgegenkommt, begeht ein Verbrechen an der ohnehin schon sehr notleidenden arbeitenden Bevölkerung. Mehr denn je ist jetzt notwendig, daß auch auf dem Lande Kontrollausschüsse gebildet werden, die den Agrariern etwas auf die Finger sehen.

Dann wurde noch bei Besprechung der Finanzlage des Bundes die Notwendigkeit der Beitragszahlung in Roggenwährung gefordert. Die Finanzlage soll nicht günstig sein, weshalb auch eine Landbundlotterie eingeführt wurde, bei der es nur Nieten gibt, um die Kasse etwas aufzufrischen. Wir teilten kürzlich mit, daß eine Flucht der Kleinbauern aus dem Landbund eingesetzt hat, weil sie eingesehen haben, daß dort nur die Interessen der Großgrundbesitzer vertreten werden. Daher auch die ungünstige Finanzlage, denn die Kleinbauern sind am meisten geschröpft worden. Für das Bundesblatt soll der Beitrag künftig in einem „Weizenpfund" bestehen. Trotzdem im Landbund die schwerreichen Junker stark vertreten sind und die Agrarier Riesenprofite einheimsen, grinst dennoch der Dalles überall aus der Bundeskasse. Die an der Spitze stehen, wissen schon, wo das Geld bleibt!

Im übrigen hat die Tagung wieder gezeigt, daß der Landbund die ländliche Vertretung der Orgesch ist. Die Herren sehnen sich nach anderen Verhältnissen, sie möchten wieder einen Landesherrn haben, am liebsten aus ihrer Kaste, damit sie dann noch mehr als bisher das arbeitende Volk nach allen Regeln der Kunst ungehindert ausplündern können. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, das Treiben dieser Leute gehörig zu überwachen.

Achtung, Soermus-Konzerte!

Es besteht die Möglichkeit, am 30. und 31. Oktober sowie am 1., 2. und 3. November nochmals in den größeren Orten des Bezirks Halle-Merseburg Konzertabende des Gen. Soermus zu veranstalten. Die Orte, die solche Konzerte wünschen, werden aufgefordert, sich umgehend unter Angabe des gewünschten Tages mit dem Bezirks-Bildungsausschuß, Halle, Lerchenfeldstraße 14, in Verbindung zu setzen.

Wolfen

Proteststreik gegen Unternehmerwillkür. Die Belegschaft der Firma Held & Franke, A.-G., trat am Mittwochmorgen, gezwungen durch die Not und das Elend, in einen mehrstündigen Proteststreik und marschierte geschlossen zur Bauleitung der Firma, um gegen das Verhalten des Unternehmertums zu protestieren und gleichzeitig eine Abschlagszahlung auf die schiedsrichterlich festgesetzte Lohnerhöhung durchzusetzen. In der darauf abgehaltenen Belegschaftsversammlung wurde das freche Verhalten der Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber gekennzeichnet. Haben die Unternehmer es doch gewagt, den letzten Schiedsspruch abzulehnen, um doppelten Profit aus den sauerverdienten Arbeitergroschen herauszuschinden und die Arbeiterschaft immer tiefer in Not und Elend hinabzudrücken. Auch wurde gefordert, daß die bisherige Taktik des ADGB. eine andere werden müßte, um der Ausbeutung und Verelendung der Massen scharf entgegentreten zu können. Nach mehrmaligem Verhandeln, an dem zuletzt sogar ein Gewerkschaftsbeamter des Deutschen Bauarbeiterverbandes teilnahm, ließ sich der Herr Bauführer (lies bezahlter Ausbeuter) Rösler herbei und bewilligte eine Vorschußzahlung von etwas über 1000 Mark. Bei Bekanntgabe dieses Ergebnisses konnte es der Gewerkschaftsbeamte nicht unterlassen, das Vorgehen der Belegschaft zu rügen. Jedoch wurde ihm von den Arbeitern bedeutet, bei der Bezirksleitung des DBV. dafür zu sorgen, daß sofort die nötigen Schritte unternommen würden, damit in Zukunft solche Verschleppungsmanöver unterbleiben. Darauf wurde die Arbeit wieder aufgenommen, in dem Bewußtsein, daß der richtige Kampf nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben ist, und daß der kommende Kampf um die nackte Existenz ein Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit sein wird.

Zschornewitz

Gemeindevertretersitzung. Bei der am 9. d. M. stattgefundenen Gemeindevertretersitzung kamen 14 Tagesordnungspunkte zur Beratung. In den Verwaltungsrat der Kolonie-Gesellschaft wurde als Vertreter der Gemeinde Amtsvorsteher Wertschitzky gewählt. Bezüglich der Wahl eines Beisitzers für das Mieteinigungsamt Gräfenhainichen wurden infolge Ausscheidens des bisherigen Beisitzers, Amtsvorstehers Wertschitzky, seitens des Kreises neue Vorschläge verlangt. Als Vertreter der Mieter wurden die Gemeindevertreter Jahn und Sorgenfrey in Vorschlag gebracht. Zu Mitgliedern der Finanzkommission wurden die Herren Vertreter Buellinger und Precht ernannt. Wahl einer Mietervertretung zur Durchführung der Bestimmungen des Reichsmietengesetzes: Als Vertreter der Mieter wurde Gottschling gewählt. Die Wohnungskommission wird mit den weiteren Arbeiten sofort beginnen. Uebernahme der Badeeinrichtung in der Gemeindeschule: Nachdem die von der Kolonie im Schulgrundstück eingebaute Badeeinrichtung ordnungsmäßig instand gesetzt worden ist, erfolgte die unentgeltliche Uebergabe durch die Kolonie am 6. September an die Gemeinde. Die Versammlung nahm Kenntnis. Antrag der Freien Volksbühne um Erlaß der Lustbarkeitssteuer: Mit fünf gegen drei Stimmen wurde beschlossen, die Lustbarkeitssteuer zu erlassen, wenn ein Wohltätigkeitsvergnügen veranstaltet werden soll.

Raguhn

Auch die Mulde ist bei weiterem Steigen der Fluten ausgeufert. Die Niederungen sind völlig überschwemmt. Die Nachbarstadt Jeßnitz ist von der Muldehochflut gänzlich eingeschlossen. Feld und Wiesen sind in eine Seelandschaft umgewandelt. Der Schaden an Kartoffeln und verspäteter Heuernte sind schon jetzt ganz bedeutend.

Coswig

Hochwassermeldungen. Die Elbe ist in hiesiger Gegend aus den Ufern getreten und überflutet weithin Wiesen und Aecker. Da das Wasser noch dauernd steigt, so werden große Verluste an der Kartoffelernte befürchtet, die hier gerade in vollem Umfange einsetzen sollte. Große Kartoffelbestände in den Niederungsäckern sind bereits weggeschwemt. An manchen Stellen ist auch ein Teil der wegen der bisherigen Witterungsungunst noch nicht eingebrachten Grummeternte vernichtet. Der Betrieb der Elbfähre mußte heute eingestellt werden.

Calbe a. d. S.

Neuer Landrat. In das Landratsamt, das durch die Ernennung des bisherigen Inhabers Bergemann zum Regierungspräsidenten in Merseburg freigeworden ist, wurde der rechtssozialistische Landrat Voß aus Nordhausen berufen. Voß war früher Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes in Halle.

Aus der Jugendbewegung

Warnung!

Das Mitglied Otto Wetzel (Mitgliedskarte Nr. 1) ist aus der KJ., Ortsgruppe Walbhausen, ausgeschlossen worden. Er hat in seiner Tätigkeit organisationsschädigend gewirkt. Alle Ortsgruppen sind hiermit vor dieser Person gewarnt.

Bezirksleitung der KJ. Halle-Merseburg.

Raucht Zetko Gold,
in Qualität unerreichbar. 4052

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 13. Oktober 1922

Deutschnationale Rohlinge

Bei der Zwangsmietung mit einem Hammer niedergeschlagen

Der Glaube an die Autoritätsdisziplin beeinflußt auch die Behörden der freien deutschen Republik heute noch bei allen ihren Maßnahmen. Besonders die Justiz- und Polizeibehörden unterscheiden genau, ob der Lump, der Mörder oder sonst irgendein gemeingefährlicher Verbrecher aus den Kreisen stammt, die mit ihrem aristokratischen Namen alles auf die Knie zwingen, oder ob sie einen armen Teufel vor sich haben. Steht sein Titel in irgendeiner Beziehung zu den Monarchisten, war er vielleicht Major im preußischen Heere, oder gar bei der republikanischen Reichswehr, wird er mit viel Rücksicht behandelt, kommt aber ein Prolet mit diesen Behörden in Berührung, so schlägt man ihn halbtot (wie ja die täglichen Mißhandlungsberichte durch Polizeibeamte beweisen), oder steckt ihn wegen eines geringfügigen Vergehens ins Gefängnis oder gar ins Zuchthaus. So nur kann man sich erklären, daß heute noch ein früherer Major frei herumlaufen kann, der einen Arbeiter mit einem schweren Hammer niedergeschlagen hat.

Der Sachverhalt ist folgender: Vor etwa fünf Monaten wurde die Wohnung des bisherigen Theaterdirektors Sachse im Hause Wilhelmstraße 5, das dem deutschnationalen Justizrat Suchsland gehört, frei. Das Wohnungsamt überwies diese Wohnung einem Arbeiter. Das kümmerte den deutschnationalen Justizrat Suchsland bitter wenig. Er berief sich auf eine Entscheidung des Oberkammergerichts, daß Zwangsmietungen nicht stattfinden dürfen, und nahm, um den republikanischen Behörden ihre Ohnmacht gegen den Hausbesitz zu demonstrieren, seinen Schwiegersohn, den früheren Reichswehrmajor Dierke, in die Wohnung. Keine Behörde wagte, die Autorität vor dem Gesetz wiederherzustellen. Suchsland hatte seinen Willen durchgesetzt und sein Schwiegersohn hatte eine Wohnung. Endlich, nach fünf Monaten, besann sich das Wohnungsamt, daß dieser Reichswehrmajor aus der Wohnung wieder raus muß. Am Sonnabend fuhr der neue Mieter in Begleitung von zwei Sipobeamten und einem Vertreter des Wohnungsamts vor das Haus Wilhelmstraße 5, um die ihm vom Wohnungsamt zugewiesene Wohnung zu beziehen. Das Haus war verschlossen und Herr Suchsland weigerte sich, zu öffnen. Nach vierstündigem Warten und Verhandeln wurde nachmittags gegen ¼4 Uhr der Schlosser Michel geholt, der mit einer Brechstange die Haustür mit Gewalt öffnen sollte. Nun erst bequemte sich Herr Suchsland, zu öffnen. An der Korridortür des gewalttätigen Reichswehrmajors mußten neue Hindernisse überwunden werden. Als sie endlich in die Wohnung eindringen konnten, **stand der Major Dierke mit einem Hammer in der Hand hinter der Türe und schlug so wuchtig auf den Kopf des Schlossers, daß der Stiel des Hammers abbrach und der Getroffene sofort bewußtlos zusammenstürzte.** Herr Suchsland äußerte sich zu der Bluttat seines Schwiegersohnes noch, daß **er nicht den richtigen getroffen habe. Der richtige war der Vertreter des Wohnungsamts.** Anstatt nunmehr diese beiden Rohlinge festzunehmen und sie hinter Schloß und Riegel zu bringen, stellten die Beamten nur deren Namen fest. Auch bis heute laufen diese beiden gemeingefährlichen Verbrecher noch frei herum. Wir fordern deren sofortige Verhaftung, damit sie nicht noch weiter Unheil anrichten können.

Oeffentliche Bauarbeiter-Versammlung

Am Mittwoch fand im „Volkspark" eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, die sich mit der Tagung der Internationalen Wiener Bauarbeiterkonferenz befaßte.

Als Referenten waren die Kollegen Saimin (Rußland) und Bachmann (Berlin) erschienen. Nach dem Referat des Kollegen Bachmann über die wirtschaftliche Lage der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Bauarbeiter, sprach der Kollege Saimin (Rußland). Er führte aus, daß die Gewerkschaftsarbeit in Rußland im Anfangsstadium sei. Die Organisation der russischen Bauarbeiter sei seit etwa zwei Jahren zentralistisch zusammengefaßt worden. Sie habe ebenfalls wie in Deutschland, feststehende Ortsgruppen und Bezirke. Die Stärke ihrer Organisation betrage ungefähr 220 000 Mitglieder. Da in Rußland im Bauberufe bisher noch kein geregeltes Lehrverhältnis bestanden habe, sei es zur Heranbildung guter Berufsarbeiter notwendig gewesen, ein festes Verhältnis zu schaffen. Die Sowjetregierung mache überall die größten Anstrengungen, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, den russisch-wirtschaftlichen Aufbau zu fördern. Die kapitalistische zaristische Regierung habe gar kein Interesse gehabt, geregelte Verhältnisse zu schaffen. Die russischen Bauarbeiter unterstützten die Sowjetregierung, weil sie sähen, daß die Regierung gewillt sei, bessere Verhältnisse für das russische Proletariat zu schaffen. Zur Internationalen Bauarbeiterkonferenz in Wien führte er aus, daß sie gern in Reih und Glied mit den Deutschen sowie den internationalen Bauarbeitern gestanden hätten, um dem großen Feind ein festes Bollwerk entgegensetzen zu können. Leider sei es nicht möglich gewesen, daß die Russen ihre Gedankengänge hätten zum Ausdruck bringen können, da die Amsterdamer nicht mit den revolutionären Arbeitern kämpfen wollten. Sie müßten sich darum an die Arbeiter aller Länder wenden, damit auch bei den Bauarbeitern die internationale Front hergestellt werde. Mit einem Hoch auf die Einheitsfront schloß der Redner seine Ausführungen. Nach einer lebhaften Diskussion über das Verbleiben der revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften fand die Versammlung nach einem Schlußwort des Genossen Bachmann ihr Ende.

* **„Das Gesicht der herrschenden Klasse."** Unter diesem Namen hat die Zentrale der KPD., Abteilung Bildung, die Zeichnungen des bekannten George Groß als Lichtbilder herstellen lassen. In Halle werden diese Lichtbilder in der Zeit nach dem 15. November im „Volkspark" sowie in der Produktiv-Genossenschaft vorgeführt. Zu den Lichtbildern wird eine unterhaltsame Erklärung geben. Das Abendprogramm wird ferner durch ernste und heitere Rezitationen vervollständigt. Die vorläufigen Eintrittskarten sind bei den Funktionären der Partei erhältlich und kosten nur 6 Mk. Das genaue Datum der Veranstaltungen wird Anfang November bekanntgegeben. Werbt schon jetzt für diese Veranstaltungen.

* **Entlassung von Arbeitnehmern.** Aus Anlaß eines Einzelfalles wird vom Gewerberat darauf hingewiesen, daß Entlassungen von Arbeitnehmern erst erfolgen dürfen, wenn eine entsprechende Kürzung der Arbeitszeit stattgefunden hat. (§ 12 und § 13 der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar 1920 [RGBl. S. 218] und § 74 des Betriebsrätegesetzes.)

* **Straßenbahn.** Die geplanten Betriebseinschränkungen werden vom heutigen Tage an durchgeführt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß Fahrscheinhefte zu ermäßigten Preisen außer bei den Schaffnern in verschiedenen Geschäften, die in den Straßenbahnwagen veröffentlicht sind, abgegeben werden.

* **Stadttheater.** Infolge plötzlicher Erkrankung eines in einer Hauptpartie beschäftigten Mitgliedes ist für heute eine Spielplanänderung notwendig geworden. An Stelle der ursprünglich angesetzten Operette „Polenblut" geht heute die Oper „Bohême" von Puccini in Szene. Die Erstaufführung von „Polenblut" ist auf Sonntag, den 15., verschoben.

* **Folgen des kapitalistischen Zerfalls.** Im Monat September 1922 **wurden festgenommen:** 21 Personen wegen schweren Diebstahls, 45 wegen einfachen Diebstahls, 11 wegen Betrugs, 7 wegen Unterschlagung, 5 wegen Hehlerei, 31 auf Grund von Steckbriefen und Haftbefehlen, 12 wegen Bettelns und Landstreichens, 36 wegen anderer Straftaten, 16 männliche, 16 weibliche Personen wegen Umhertreibens. Außer anderen Straftaten wurden 439 Diebstähle, 34 Betrugsfälle, 25 Sittlichkeitsdelikte zur Anzeige gebracht.

* **Straßenunfälle.** Am Mittwoch stieß in der Landwehrstraße ein Personenkraftwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen, wobei ersterer erheblich beschädigt wurde. Personen wurden nicht verletzt. — Am gleichen Tage wurde in der Leipziger Straße ein Schulknabe von einem Lastkraftwagen umgefahren, wobei er leichte Kopf- und Fußverletzungen erlitt. Die Schuldfrage wird in beiden Fällen noch geklärt.

Morl

„Die Teuerung und die arbeitende Jugend." Mit diesem Thema beruft die Kommunistische Jugend für heute abend ½8 Uhr im Lokal Stoye eine öffentliche Versammlung ein. Junge und erwachsene Arbeiter, erscheint in Massen.

Lettin

Einen großen Reinfall erlitt am Sonntag die Vereinigte Schieberpartei in Lettin. Mit großem Tam-Tam hatte man eine große öffentliche Versammlung angekündigt. Das Erstaunen der Einberufer und des Referenten war aber sehr groß, als vor Eröffnung der Versammlung ganze fünf Mann, davon vier Genossen der KPD., anwesend waren. Nachdem man noch eine volle Stunde auf die „Massen" gewartet hatte, schob der Referent wieder ab. Recht so, Arbeiter von Lettin! Das ist die beste Antwort an die Partei, die bei jeder Gelegenheit sich auf die Seite der Kapitalisten, Junker und der Schieber und Wucherer stellt.

Was geschieht mit den 20 Millionen?

Der hallische Magistrat hat noch nichts getan!

Die fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft durch die Verringerung des Realeinkommens, die geisteigerte Unsicherheit der Existenz, der Wucher mit allen notwendigsten Lebensmitteln und die Untätigkeit der Gewerkschafts- und Parteiführer der VSPD., gegen Hunger und Not etwas zu unternehmen, hat die Arbeiterschaft gezwungen, die Diskussionen über die Abwehrmaßnahmen abzubrechen und den Kampf gegen die grinsende Not zu organisieren und aufzunehmen. Die Arbeiterschaft hat erkannt, daß sie, wie auf jedem anderen Gebiete, auch hier nur auf sich selbst angewiesen ist, daß sie von den Maßnahmen der Regierung und den Forderungen der unparlamentarischen Arbeitervertreter keine Hilfe erwarten darf.

Wie aber will sich die Arbeiterschaft gegen den Wucher, gegen Hunger, Not und Arbeitslosigkeit wehren? **Vielleicht durch isolierte Aktionen, durch Plünderungen, durch Marktkrawalle usw.? Nein! Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gelehrt, daß nur durch die organisierte Abwehr, durch das planmäßige Vorgehen des ohne Rücksicht auf gewerkschaftliche und politische Unterschiede in einer Front vereinten Proletariats etwas erreicht werden kann.** Nicht durch die „Idee" der Einheitsfront, die Phrase ist und bleibt, sondern durch die **tatsächliche organisatorisch ausgebaute Einheitsfront!**

Um diese Einheitsfront zu bilden, haben die Betriebsräte die Organisierung des Kampfes aufgenommen und aufgefordert, überall, in allen Städten und Gemeinden, in allen Betrieben **Kontrollausschüsse** zu bilden.

Daß die Kontrollausschüsse bereits jetzt schon wichtige Vorarbeit leisten können, haben die Erfolge dieser wirksamen Arbeitervertretungen bereits in mehreren Städten bewiesen, wie z. B. in Zwickau, Chemnitz, Döbeln usw., wo auf Veranlassung der Kontrollausschüsse große Summen zur Verbilligung und Anschaffung von Kartoffeln und Kohlen zur Verfügung gestellt und große Wohnungen für die Wohnungslosen beschlagnahmt worden sind. Daß die Kontrollausschüsse nunmehr in Tätigkeit treten müssen, beweisen aber auch die besonders in der letzten Zeit gehäuften Angriffe der Unternehmer und die geradezu die gesamte Arbeiterbevölkerung herausfordernde Sprache und Sabotage der Landjunker, das **Zurückbehalten von Kartoffeln und die Weigerung, das Umlagegetreide auszudreschen und abzuliefern.** Diesen Profitspekulanten ist der jetzige Wucherpreis für Getreide und Kartoffeln noch nicht hoch genug. Sie wollen aus der hungernden Bevölkerung noch größere Gewinne herausschlagen. Darum muß jetzt die Arbeiterschaft den Ausbeutern und Wucherern die wirkliche Macht der Arbeiterklasse entgegenstellen und sich vor der maßlosen Ausbeutung, Knechtung und Auswucherung schützen.

Auch in Halle ist von einer Betriebsrätevollversammlung ein Kontrollausschuß gebildet worden. Als diese Tatsache bekannt wurde, überfiel die Bürgerlichen Angst und Schrecken. Als sie aber sahen daß die Gewerkschaftsführer und die Parteiführer der USPD. diese Bewegung stören wollten und eine wüste Hetze gegen die Betriebsräte eröffneten, wurden sie wieder dreist und gottesfürchtig und lehnten die Forderungen des Kontrollausschusses auf Anerkennung ab. Am Montag, dem 9. Oktober, hatte nun die kommunistische Stadtverordnetenfraktion erneut den Antrag auf Anerkennung des Kontrollausschusses gestellt, mindestens aber sollten drei Vertreter in den Wirtschaftsausschuß gesandt werden.

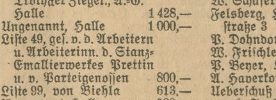
Warum hat die KPD.-Fraktion diesen Antrag gestellt? Damit der **Kontrollausschuß endlich seine Aufgaben erfüllen kann, um billigere Lebensmittel, Kartoffeln und Kohlen zu verschaffen. Der Kontrollausschuß will die arbeitende Bevölkerung von den Wuchergewinnen der Händler und Schieber befreien. Der Kontrollausschuß will die auf Antrag der KPD. bewilligten 20 Millionen Mark so verwenden, daß sie tatsächlich nur zur Linderung der Not für die Armen und Aermsten verbraucht werden.**

Die Bürgerlichen haben in Gemeinschaft mit den vereinigten Sozialdemokraten diesen Antrag auf Anerkennung des Kontrollausschusses und Eintritt in den Wirtschaftsausschuß abgelehnt.

Was bedeutet das? Ihr sollt keine Hilfe gegen die furchtbare Teuerung erhalten. Fabrikanten und Händler sollen weiter an der Not des Volkes Millionen verdienen. Ihr sollt Euch keine Winterkartoffeln kaufen können. Die Junker graben sie ein, um im Frühjahr für das Pfund 15 und 20 Mark zu fordern. Ihr sollt keine Kontrolle haben, wie die 20 Millionen Mark für die notleidende Bevölkerung verwendet werden!

Was ist bisher mit den 20 Millionen Mark geschehen? Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, um die hallische Bevölkerung vor Not und Elend in dem kommenden Winter zu schützen? Hat er sich ernstlich bemüht, Kartoffeln, Kohlen, Milch usw. sicherzustellen? Wie und wer soll die Verteilung vornehmen und welche Kontrolle besteht, daß die Summen richtig verwandt werden? Bisher hat man über all diese Fragen noch nichts gehört. Die arbeitende Bevölkerung aber hat ein großes Interesse daran, zu wissen, welche Maßnahmen für den Winter getroffen sind. Die Arbeiterschaft hat **berechtigtes Mißtrauen gegen die bürgerlichen Behörden.** Warum wollen sie nicht die Kontrolle der Arbeiterschaft? Die **Ablehnung des Kontrollausschusses bedeutet weiter nichts, als die Kampfansage der Bürgerlichen und ihrer Helfershelfer gegen die werktätige Bevölkerung.**

Die Arbeiterschaft aber wird nicht alles über sich ergehen lassen und den Wucherern kampflos das Feld räumen. Sie wird und muß daher das Organ der Selbsthilfe, den Kontrollausschuß, zu seinem Rechte verhelfen. Sie wird das Gewerkschaftskartell, die Betriebsrätezentrale, die Arbeitervertreter im Stadtparlament und die politischen Arbeiterparteien zwingen, sofort Maßnahmen zu ergreifen, daß der Kontrollausschuß endlich seine Aufgaben erfüllen kann. Wenn sich alles gegen uns verschworen hat, so gibt es eben nur den einen Weg, die Selbsthilfe, und hier sollen und werden die Kontrollausschüsse auch vorangehen und im Kampf gegen Hunger und Not helfen.



Spende

25. Quittung

24. Quittung	193 002,—
Liste 443, Belegschaft der Trothaer Ziegel., A.-G. Halle	1 428,—
Ungenannt, Halle	1 000,—
Liste 49, ges. v. d. Arbeitern u. Arbeiterinn. d. Stanz-Emallierwerkes Prettin u. v. Parteigenossen	800,—
Liste 99, von Biehla	613,—
Ungenannt Halle	500,—
Liste 118, v. Langenbogen	390,—
Parteivers. Könnern	250,—
Liste 323, Mackus u. Gen. d. Heinze	220,—
Kegelklub Halle-Süd	220,—
Radf.-Verein „Vorwärts" Nietleben	212,—
R. Böttge, Halle	200,—
W. B., Halle	150,—
Lötsch, Halle	150,—
Liste 244, Ges. Ortsgr. Eisleben, Hermannschacht,	131.—
O. Schwarz, Nauendorf. Saalkr., d. Gen. Krone	100,—
Thilo Jaklenez, Halle	100,—
Fr. Meißner, Volkmaritz	100,—
O. Herrmann, Wittenberg	100,—
W. Hillner, Kl.-Wittenbg.	100,—
A. Fitterer, Kl.-Wittenbg.	100,—
A. Polk, Bitterfeld	100,—
O. Ulbricht, Halle	100,—
Th. Bauer, Halle	100,—
Uebertrag	200 166,—

Uebertrag	200 166,—
Fr. Hertling, Ammendorf	100,—
W. Schäfer, Halle	100,—
Felsberg, Hohenzollernstraße 3	100,—
P. Dohndorf jr., Könnern	100,—
W. Friichleder, Könnern	100,—
P. Beyer, Könnern	100,—
A. Haverkorn	100,—
Ueberschuß d. komm. Holzarb.-Fraktion, Halle	70,—
A. Salewsky, Wittenberg	65,—
Ungenannt, Brücken	50,—
K. Rose, Eisleben	50,—
Karl Schkortleben	50,—
Fr. Jonas, Halle	50,—
Judersohn, Kl.-Görschen	50,—
Freigang, Halle	50,—
P. Dronige, Halle	50,—
H. Leßmann, Holleben	50,—
P. Stoll, Halle	50,—
P. Mechel, Könnern	50,—
Ungenannt, Könnern	50,—
Prol. Kulturverein. Seeben	50,—
Otto Schmidt, Könnern	30,—
Herm. Richter d. E. Klaus	20,—
H. Bohlemann, Halle	20,—
Ungenannt, Bitterfeld	20,—
W. Stein, Halle	20,—
Unbekannt, Könnern	20,—
K. Schölz, Bitterfeld	10,—
Betriebsvers. d. Zuckerfabr. Weißenfels	300,—
Sa.	202 041,—

Sport

Serienspiele am Sonntag, dem 15. Oktober

Spiel-Nr.	Zeit	(Erster Verein baut)	Schiedsrichter
		1. Klasse. Gruppe 1:	
16	½4 Uhr	Zörbig 1. — VfB. Lettin 1.	R. Ulrich, Viktoria
17	½4 „	Minerva 1 — Kayna 1.	Lorenz, Lettin
18	½4 „	Teutonia 1. — Ammendorf 1.	Hartleb, Fortuna
19	½4 „	Trotha 1. — Fichte 1.	Schmidt, Reideburg
		1. Klasse. Gruppe 2:	
45	½4 Uhr	Askania 1. — Wörmlitz 1.	Böttcher, Viktoria
46	½4 „	Sportlust 1. — Viktoria 1.	Henze, Teutonia
		2. Klasse. Gruppe 2:	
102	3 Uhr	Dürrenberg 2. — Fichte 2.	Merseburg
		2. Klasse. Gruppe 3:	
129	½4 Uhr	Hertha Lettin 1. — Trotha 2.	Fortuna
130	½4 „	Brehna 1. — Kröllwitz 2.	Zörbig
131	2 „	Minerva 2. — Ammendorf 2.	Wörmlitz
132	2 „	Zörbig 2. — Wörmlitz 2.	Brehna
		3. Klasse. Gruppe 1:	
167	½1 Uhr	Gröbers 3. — Teicha 2.	Sportlust
170	½1 „	Fortuna 3. — Wörmlitz 3.	Askannia
		Ammendorf 3. spielfrei.	
		3. Klasse. Gruppe 2:	
207	½1 Uhr	Viktoria 3. — Sportlust 3.	Trotha
208	½1 „	Zörbig 3. — VfB. Lettin 3.	Brehna
209	½1 „	Kröllwitz 3. — Askania 3.	Viktoria
210	2 „	Trotha 3. — Teutonia 3.	VfB. Lettin
		Reideburg 2. spielfrei.	
		Jugend. Gruppe 1:	
253	10 Uhr	Viktoria 1. — Minerva	Sportlust
254	10 „	Fortuna — Bruckdorf	VfB Lettin
255	10 „	Reideburg — Leuna	Kröllwitz
		Dürrenberg und Kayna spielfrei.	
		Jugend. Gruppe 2:	
307	10 Uhr	Teutonia — Braunsdorf	Hertha Lettin
310	10 „	VfB. Lettin — Askania	Wörmlitz
311	10 „	Gröbers — Viktoria 2.	Reideburg
		Ammendorf und Sportlust spielfrei.	
		Schülerklasse:	
356	3 Uhr	Braunsdorf — Askania	Kayna
357	9 „	Teutonia — Kröllwitz	Dölau 21
		Teicha spielfrei.	

Ammendorf hat seine Schüler und Leuna-Rössen seine 1. Mannschaft zurückgezogen.

Arbeiter-Schwimmverein Halle. Am kommenden Sonntag gibt es auf dem Gebiete des Wassersports eine Ueberraschung. Nachmittags 3 Uhr findet im „Stadtbad" ein Schwimmfest statt. Das Programm wird jedem Sportler befriedigen. **Nicht weniger wie 14 auswärtige Vereine werden starten. Darunter Hannover-Linden, Braunschweig, Groß Magdeburg, Berlin-Weißensee, Charlottenburg, Halberstadt, Jena und andere. Sehr zu empfehlen ist ein Besuch der vormittags von 10 bis 12 Uhr im Stadtbad stattfindenden Wasserballspiele, die sich äußerst interessant gestalten werden.** Es spielen: Eisleben Jgd. — Jena-Jgd., Halle-Jgd. — Jena-Jgd., Jeßnitz — Oschersleben. Gotha 1a — Magdeburg-Buckau. Gotha 1b — Halberstadt, Wittenberg — Braunschweig, Braunschweig-Jgd. — Halberstadt-Jgd., Charlottenburg — Jena 1a, Halle 1b — Weißensee, Markkleeberg — Hannover-Linden, Zeitz — Halle 2. Nachmittags spielt die Siegermannschaft des Vormittags gegen Halle 1. Das Nachmittagsprogramm ist ebenfalls zu empfehlen. Nummerierte Sitzplätze sind vorhanden. Während der Vorführungen muß äußerste Ruhe herrschen.

HFK. Minerva. Spiele für Sonntag, den 15. Oktober: ½4 Uhr Minerva 1. — Kayna 1.; 2 Uhr Minerva 2. — Ammendorf 2.; 3 Uhr Minerva 3. — Reideburg 2. in Reideburg ½1 Uhr Minerva 4. — Teicha 3. in Teicha; 10 Uhr Minerva 2. Schüler — Wörmlitz Schüler in Wörmlitz; 11 Uhr Minerva 2. Jgd. — Sportlust-Jgd., Minervaplatz und 10 Uhr Minerva 1. Jgd. — Viktoria 1. Jgd., Viktoriaplatz.

2. Kreis, 6. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Die Hauptprobe zum Bezirkswerbeturnen findet am Sonntag, dem 22. Oktober, mittags 12 Uhr, im „Volkspark" statt. Alle Teilnehmer haben sich ½12 Uhr in der Turnhalle einzufinden, die Turnerinnen im Kartellzimmer. Alle an der Probe Teilnehmenden haben freien Eintritt und müssen pünktlich erscheinen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Urban, für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0005

Programm der Komm. Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Entwurf.

2. Abschnitt.*)

Die Eroberung der politischen Gewalt.

I. Das Proletariat als die aktive Macht und die führende Klasse der sozialistischen Umwälzung.

16. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist an einer Sackgasse angelangt. Aus dem gewaltigsten Hebel zur Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums ist sie zur würgenden Fessel der Produktivkräfte, zur Zerstörerin des gesellschaftlichen Reichtums geworden. In ihrem Aufstieg hat sie sich zur Weltwirtschaft entfaltet. In ihrem Abstieg zerreißt sie die Weltwirtschaft. Die zeitweiligen Krisen, d. h. die Vernichtung von Arbeitsmitteln und -erzeugnissen waren für sie periodisch das Mittel, um einen neuen Aufschwung der Produktion einzuleiten. Die Krise ist dauernd geworden. Die Stillegung und Vernichtung von Arbeitsmitteln, lebendigen Arbeitskräften und Arbeitserzeugnissen ist der Normalzustand des verfallenden Kapitalismus. In Kriegen und Revolutionen brach die kapitalistische Wirtschaftsweise sich Bahn, räumte sie die ihr entgegenstehenden Hindernisse aus dem Weg, beflügelte sie ihren Schritt. Der Krieg ist umgekehrt zu dem furchtbaren Mittel der Selbstzerstörung der kapitalistischen Wirtschaft geworden. Er strebt periodischer Wiederholung auf größerer Stufenleiter zu. Der aufsteigende Kapitalismus vertiefte die soziale Kluft zwischen Kapital und Arbeit. Er überantwortete von Zeit zu Zeit Teile der Arbeiterschaft rücksichtslos dem Untergang, dem physischen Verkommen. Er war ständig begleitet von dem Herabsinken der untersten Schichten der Arbeiterschaft in das Heer der Entwurzelten, Entarteten, Verlumpten. Aber bestehen konnte der Kapitalismus nur, indem er der großen Masse der Arbeiterklasse die physische Existenz, die normale Erhaltung der Arbeitskraft, die Aufzucht ihrer Nachkommenschaft gewährte, indem er einzelne Teile des Proletariats an seinem Aufstieg teilnehmen ließ. Der zerfallende Kapitalismus greift dagegen die physische Existenz der Arbeiterklasse an ihren Wurzeln an. Er verwandelt für die große Masse die verhältnismäßige in die absolute, die soziale in die physische Verelendung. Er schneidet brutal ab die kulturelle Erhebung der Arbeiterschaft. Er mäht die proletarische Nachkommenschaft zu Zehntausenden nieder. Er sucht sich am Leben zu erhalten auf Kosten der normalen Existenz und Fortpflanzung der Arbeiterklasse, der Angestellten, ja selbst der unteren und mittleren Beamten. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist an dem Punkt angelangt, wo sie die materiellen Errungenschaften und Grundlagen ihres Daseins auflöst und zerstört — die aufgehäuften Arbeitsmittel, den gesammelten gesellschaftlichen Reichtum, die lebendigen Arbeitskräfte. Noch mehr. Im rücksichtslosen Kampf um ihre gesellschaftlichen Privilegien opfert die bürgerliche Gesellschaft kalt das worauf sie ihren Herrschaftsanspruch gründete: die bürgerliche Zivilisation. Ihre Künstler, ihre Wissenschaftler, ihre Literaten werden auf Hungerration gesetzt; Kunst, Literatur, Wissenschaft wirft sie als Ballast über Bord. Der grobe materielle Genuß, die raffinierte Ausschweifung, die künstliche Betäubung, der Obskurantismus aller Zeiten und Zonen — darin löst sich die bürgerliche Zivilisation auf.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise und die bürgerliche Zivilisation sind in voller Auflösung.

Nur eine neue, höhere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann noch den Zerfall aufhalten, die zusammenbrechende Wirtschaft retten, sie aus den Trümmern neu aufbauen, den arbeitenden Massen das Leben sichern, die verfallende bürgerliche Zivilisation erneuern, die durch den Kapitalismus aus den Fugen geratene Welt wieder erneuern.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat durch ihren eigenen Mechanismus alle materiellen Vorbedingungen für diese höhere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung geschaffen — für die bewußte, planmäßige, einheitliche Leitung der Wirtschaft durch die Gesellschaft zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft — für den Sozialismus.

Sie hat die technischen Mittel geschaffen, um bei ihrer planmäßigen bewußten Anwendung allen Gliedern der Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, ja die überfließende Fülle zu erzeugen. Sie hat die Arbeit selbst in hohem Grade vergesellschaftet.

Die Sprengung der Fesseln des kapitalistischen Eigentums ist zur unabwendbaren gebieterischen Notwendigkeit, die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Arbeitsmitteln ist eine handgreifliche Möglichkeit geworden.

Die Fesseln des kapitalistischen Eigentums aber fallen nicht von selbst. „Von selbst", blind, unbewußt vollzieht sich nur der Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft. Das kapitalistische Eigentum wird aufrechterhalten durch die politische Herrschaft der Bourgeoisie. Es kann also gesprengt werden nur durch den Sturz dieser Herrschaft, durch den Hammerschlag einer politischen Revolution, die den politischen Ueberbau der alten kapitalistischen Ordnung zertrümmert, die eine neue Gesellschaftsklasse ans Ruder bringt.

Die Herbeiführung des Sozialismus ist also nur möglich durch die bewußte Tat, durch den Willensakt der revolutionären Klasse oder Klassen, die die bloße materielle Möglichkeit der sozialistischen Umgestaltung vermittels der in ihren Händen konzentrierten politischen Gewalt verwirklicht.

17. Vollstrecker und Führer der politischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung ist das Proletariat. Es kann sein Dasein als ausgebeutete Klasse nur aufheben, indem es zugleich seinen Gegensatz, das Kapital, und damit die auf dem Gegensatz zwischen den Besitzern von Arbeitsmitteln und ihren Nichtbesitzern beruhende Gesellschaftsform überhaupt aufhebt. Es kann sich als Klasse nur befreien, indem es die Gesellschaft von den Klassen befreit. Es kann sich seine Existenz nur sichern, indem es sich der Produktionsmittel bemächtigt. Es kann sich der Produktionsmittel nur bemächtigen, indem es sie zu gesellschaftlichen Produktionsmitteln macht. Es kann seine industriellen Bedürfnisse nur befriedigen, indem es das gesellschaftliche Bedürfnis zur Grundlage der Produktion macht. Es kann den Müßiggang, das Schmarotzertum nur aufheben, indem es alle in genossenschaftliche Arbeiter verwandelt. Es kann die Planlosigkeit nur entfernen, indem es die ganze Wirtschaft seinem Plan unterwirft. In dem Dasein des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist der Grundcharakter der zukünftigen Gesellschaft bereits vorgezeichnet. Es ist durch die Arbeit selbst vergesellschaftet, aber es wird durch das Kapital der Früchte seiner Vergesellschaftung beraubt. Andererseits hat sich die ausbeutende Funktion der Kapitalisten von der Tätigkeit der Leitung der Produktion immer mehr getrennt. In dem Maße, wie die Vergesellschaftung der Produktion gewachsen ist, hat das Kapital die technische, kaufmännische, organisatorische Leitung immer mehr Angestellten zugewiesen und das Gros seiner Angestellten auf bloßen Lohn qualifizierter Arbeit beschränkt oder gar darunter herabgedrückt. Technische und organisatorische Fähigkeiten zur Leitung der Produktion sind also bereits in bedeutendem Maße im Proletariat vorhanden.

Im Laufe jahrzehntelanger wirtschaftlicher und politischer Klassenkämpfe hat das Proletariat sich organisatorische Kaders geschaffen und sein Klassenbewußtsein entwickelt. Ueberall da, wo das Kapital den höheren Grad der Zusammenfassung erreicht hat, hat das Proletariat umfassende wirtschaftliche und politische Organisationen geschaffen.

Auf das Proletariat sucht der zerfallende Kapitalismus alle Lasten und Leiden des Zerfalls abzuwälzen — die Lasten des Krieges wie die Lasten des kapitalistischen Wiederaufbaues. Physischer Untergang des Proletariats oder Sturz der Kapitalisherrschaft, tatenloses Verderben oder Rettung durch die eigene Tat — so ist die Frage an das Proletariat gestellt.

Der verfallende Kapitalismus drückt außer der Kapitalistenklasse, den Großgrundbesitzern und Großbauern alle anderen Volksklassen und Schichten zu Boden: das kleine auf die eigene Arbeit des Besitzers gegründete Eigentum — den Handwerker; den Krämer, den Klein- und Zwergbauern; den unteren und mittleren Beamten. Er hat durch den Krieg und die Krisis eine wachsende Schicht Deklassierter aus allen Klassen geschaffen. Alle diese Schichten und Klassen schwanken immer wieder zwischen Kapital und Arbeiterklasse, zwischen Reaktion und Revolution. Die an das kleine Eigentum gebundenen Schichten und Klassen können keine selbständige revolutionäre Rolle spielen. Sie lehnen sich entweder an die Bourgeoisie oder das Proletariat an. Das Proletariat muß danach trachten, sie von der Bourgeoisie loszureißen, sie in den Kampf gegen sie zu führen oder sie wenigstens zu neutralisieren. Die Führung der Revolution kann nur in den Händen der Klasse sein, die vermöge ihrer gesellschaftlichen Rolle dazu befähigt und berufen ist, den Bruch mit der Bourgeoisie ohne Hemmungen und Schwanken zu Ende zu führen.

In seinem Befreiungskampf gruppiert das Proletariat um sich alle Klassen, Schichten und Kräfte, die gegen die bürgerliche Klassenherrschaft ankämpfen: die revolutionären Teile des Kleinbürgertums, der Intelligenz, des Kleinbauerntums. Es verbindet sich selbst mit den national-bürgerlichen Revolutionären in den Kolonial- und Halbkolonialländern, die den Kampf gegen die imperialistische Gewaltherrschaft ankämpfen.

In allen diesen Verbindungen macht das Proletariat sein eigenes revolutionäres Interesse zum ausschlaggebenden, führenden. Indem dieses Interesse die radikalste Lösung fordert — den Umsturz der bürgerlichen Ordnung — begreift es in sich die Lösung der zeitweiligen Konflikte anderer sozialer Schichten und Klassen.

Der Sieg der proletarischen Revolution wird nicht durch die bloße Tatsache verbürgt, daß die Arbeiterklasse über die größeren Kräfte verfügt. Es hängt davon ab, daß sie versteht, mit klarem Zielwillen die überlegenen Kräfte an den entscheidenden Punkten und in den entscheidenden Augenblicken auszunutzen und ihre Kämpfe durchzuhalten.

II. Die Rolle der Kommunistischen Partei und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen proletarischen Organisationen.

18. Das Proletariat ist weder in seinem Dasein noch seinem Bewußtsein nach von vornherein als Klasse einheitlich. Seine Vereinheitlichung verwirklicht sich erst im Laufe seiner Kämpfe mit dem kapitalistischen Unternehmertum, mit der Bourgeoisie und namentlich im Laufe des Kampfes um die Macht.

In der Periode des Frühkapitalismus entsteht das moderne Proletariat aus den enteigneten Bauern und Handwerkern und ist tatsächlich und ideologisch gebunden an die Bourgeoisie. Die schrankenlose Ausbeutung treibt das Proletariat zur Rebellion gegen die neue, die kapitalistische Form der Ausbeutung. Mit den Mitteln und Methoden der bürgerlichen Revolution und durch Angriffe auf die positivste Seite des Kapitalismus, auf die Anwendung der Technik kämpft das Proletariat in seinen Kindertagen gegen die unerträgliche kapitalistische Ausbeutung. Dieser elementare Kampf mit falschen Mitteln (Revolten, Putschen, Maschinenvernichtung) bringt keine Hilfe gegen die rapide Verelendung. Nach schweren Niederlagen, in langjährigem Tasten findet das Proletariat in der solidarischen Arbeitsverweigerung das Kampfmittel zur Sicherung der proletarischen Existenz.

Der elementare Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer in der Periode des primitivsten Konkurrenzkampfes der unorganisierten Unternehmer unter einander trifft den Kapitalisten an der verwundbarsten Stelle, der Profitbildung. Der bestreikte einzelne unorganisierte Unternehmer wird von der nichtbestreikten Konkurrenz um Kundschaft und Aufträge gebracht. Die Notwendigkeit der laufenden Verzinsung des Kapitals, der Material- und Maschinenschulden, die Zahlungsverbindlichkeiten zwingen den Unternehmer zum Nachgeben. Die streikenden Arbeiter finden anderweitig bei der Konkurrenz Arbeit. Das führt nicht nur zur Verminderung des Druckes auf die Arbeiter, sondern wird zu einer neuen Gefahr für den Unternehmer, der seine qualifizierten, eingerichteten Arbeiter an die Konkurrenz verliert. Dies ist in den Anfängen des Kapitalismus oft gleichbedeutend mit Vernichtung, zumal wenn das Fabrikationsgeheimnis mit dem eingerichteten Arbeiter zur Konkurrenz übergeht.

Vom Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer weitet sich der Kampf aus zum Streik der Arbeiter einer Branche gegen die Unternehmer einer Branche, eines Ortes, eines Industriebezirkes, eines Landes und mehrerer Länder. Zu dieser Ausweitung der ökonomischen Kämpfe greifen die Arbeiter, um dem Unternehmer die Fortführung der Betriebe durch Streikbrecher zu erschweren, die Unternehmer, um durch ihren organisierten Zusammenschluß die Konkurrenz während der Streiks auszuschalten, die Zahlungsschwierigkeiten und den Kundschaftsabgang abzuwehren. Ueberdies weitet die Konzentration der Betriebe und Aufsaugung der kleinen und Mittelbetriebe durch die kapitalkräftigen Großbetriebe, Kartelle und Trusts automatisch den Streikumfang aus. Mit der Konzentration des Kapitals entwickeln sich die Massenstreiks und Massen-Aussperrungen. Die Kampffront der Arbeiter wächst, aber es wächst auch die Widerstandskraft der Unternehmer. Aus dem für die Gesellschaft bedeutungslosen Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer werden die Streiks der Massen zu einem gesellschaftlichen Ereignis, das die Produktion und die Staatsmacht der Bourgeoisie in seinen Grundlagen erschüttert. Die Streiks der Massen weiten sich aus zu gigantischen Kämpfen, die den staatlichen Rahmen überschreiten und international die Klassenfront aufreißen durch ihre Gewalt und Massenhaftigkeit, die Klasse gegen Klasse in zwei feindliche Lager zwingen und aus ökonomischen und gewerkschaftlichen Kämpfen zur Sicherung der Existenz innerhalb der kapitalistischen Ordnung zu politisch-revolutionären Kämpfen um die Macht und Herrschaft werden.

19. Mit den wirtschaftlichen Kämpfen entwickeln sich die wirtschaftlichen Organisationen. Der spontane Streik wird unterstützt durch spontane Sammlungen. Aus den elementaren Kämpfen und elementaren Abwehreinrichtungen bildet sich der berufsmäßige und lokale Zusammenschluß. An Stelle der spontanen Sammlungen tritt die regelmäßige Beitragszahlung. Der Zusammenschluß zum Zwecke des gemeinsamen Einkaufes von billigen Lebensmitteln führt zum Konsumverein und zur Genossenschaftsbewegung. Mit der Entwicklung der Kämpfe und deren Massenhaftigkeit entwickelt sich die gewerkschaftliche Organisation vom lokalen Berufsverein zur zentralen Berufs- und Industriegewerkschaft und deren nationale und internationale föderalistische und schließlich zentralistische Vereinigung.

Die Mannigfaltigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes führt zur Ausbildung einer komplizierten Strategie und Verwaltung. Der tatsächliche Inhalt und Sinn dieser organisierten Klassenkämpfe ist bis 1914 die Sicherstellung und Verbesserung der proletarischen Existenz innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus nehmen zu die Kämpfe und das Erfassen des Sinnes dieser Kämpfe durch das Proletariat. Das Bewußtwerden dieser Kämpfe führt zur Verfeinerung und Vertiefung des proletarischen Klassenbewußtseins, zur Verstärkung und Sicherung der Macht der proletarischen Organisationen.

20. Parallel mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Organisation und den ökonomischen Kämpfen geht der politische Kampf und der Auf- und Ausbau der politischen Organisation. Schon der ökonomische Streik der Arbeiter einer Fabrik gegen den einzelnen Unternehmer der Fabrik ist im Grunde ein politischer Kampf. Die Bourgeoisie in der Periode des Frühkapitalismus vermochte den Einzelstreik in einem Betriebe nicht mit ihrer Staatsmacht niederzuschlagen, wie jene Kämpfe, die die Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung führten mit den Mitteln und Methoden der bürgerlichen Revolte. Insofern war die politische Bedeutung dieser Kämpfe prinzipiell wichtig. Das Proletariat blieb aber noch jahrzehntelang politisch im Gefolge der Bourgeoisie, als es schon heftig und siegreich gegen die Bourgeoisie auf ökonomischem Gebiete kämpfte.

In England ist der politische Loslösungsprozeß des Proletariats von der Bourgeoisie bis heute noch nicht bis zur selbständigen proletarischen Parteibildung durchgeführt. Der politische Kampf der zwei hart um die Regierungsmacht kämpfenden bürgerlichen Parteien wurde von den englischen Arbeitern lediglich indirekt ausgenützt, durch wechselnde Unterstützung jener Partei, die die Augenblicksforderung der Arbeiter, die durch den direkten ökonomischen Kampf in den Vordergrund gerückt wurde, zu erfüllen versprach. Es gelingt dem englischen Proletariat auf diese Art durch Unterstützung der Liberalen die Kornzölle abzuschaffen und billiges Brot zu erkämpfen und durch Unterstützung der Torys die Arbeitszeitverkürzung, die 12 und schließlich die 10 Stundenbill und die Arbeiterschutzgesetzgebung gesetzlich festzulegen.

In den romanischen Ländern entwickelt sich ein zweiter Typus der Arbeiterbewegung. Wegen der geringeren zahlenmäßigen Bedeutung des Proletariats und genau geregelten Rolle in der Wirtschaft dieser Länder bleiben die vom Proletariat unterstützten bürgerlichen Parlamentarier nach der Wahl die gemachten Versprechungen fast restlos schuldig. Die Enttäuschung über den Parlamentarismus führt zur Vernachlässigung des Kampffeldes des bürgerlichen Parlamentarismus durch das Proletariat und zur Propaganda der Beschränkung auf den rein gewerkschaftlichen Kampf (Syndikalismus), ohne indeß die Machtstellung des Proletariats zu erweitern.

Die dritte Form der Arbeiterbewegung, die Synthese der beiden ersten, ist die deutsche, die neben der, dem Bürgertum gegenüber selbständigen politischen Partei eine mit der Partei zusammenarbeitende Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung heranbildet, die in Arbeitsteilung unter Ausnützung aller Möglichkeiten, die die kapitalistische Wirtschaft und die bürgerliche Staatsmacht bietet, den Kampf um die Sicherung der proletarischen Existenz innerhalb der kapitalistischen Ordnung führt.

Der vierte Typus ist die russische Form der Arbeiterbewegung. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse Rußlands machten eine legale Kampftätigkeit innerhalb der bestehenden Ordnung unmöglich. In einem zähen, heroischen, opferreichen Kampf bildet sich illegal eine revolutionäre Partei, deren vorwiegende Tätigkeit zum nächsten Zielpunkt den Umsturz der politischen Machtverhältnisse hat. Die schweren Kampfbedingungen schaffen eine Auslese der mutigsten und kampffähigsten Kaders in der revolutionären Partei, die jede Frage konsequent zu Ende zu denken fähig und in die Tat umzusetzen imstande sind. Im geeigneten Zeitpunkt gelingt es dieser Partei die Führung der Massen an sich zu reißen, die alte Macht zu stürzen, die proletarische Staatsmacht, gestützt auf ein revolutionäres Bauerntum, aufzurichten und siegreich zu verteidigen.

21. Die Sicherstellung der proletarischen Existenz stößt heute überall auf die Schranken der politischen Macht der Bourgeoisie. Die Sicherung der proletarischen Existenz ist innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse nirgends mehr auf die Dauer möglich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, überall in der Kommunistischen Partei ein leitendes Organ der proletarischen Klasse zu schaffen, das, wie in Rußland, imstande ist, den revolutionären Machtkampf zu organisieren und zu leiten. Gegenüber den Schwankungen des Bewußtseins und des Willens des Gros der Arbeiterklasse verkörpert und verwirklicht die Kommunistische Partei ihre ideelle und tatsächliche Klasseneinheit. Sie vereinigt in sich die fortgeschrittensten, klarsten, kampfesmutigsten Teile der Arbeiterklasse. Die Konstituierung des Proletariats zur bewußten Klasse — sie vollzieht sich durch die Kommunistische Partei.

Die Kommunisten haben „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen".

Im Zeitalter der zerfallenden kapitalistischen Weltwirtschaft kann der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse nur unter ausschließlicher, zentraler internationaler Leitung und bei Wahrung straffster revolutionärer Disziplin siegreich geführt werden.

Die Kommunistische Partei ist eine einheitliche internationale Partei.

Die Kommunistische Partei strebt nicht zur Macht als eine kleine Minderheit des Proletariats, sie strebt danach, die große Mehrheit der Arbeiterklasse (und der schaffenden, vom Kapital ausgebeuteten und bedrückten Volksmassen) für die Ziele und Grundsätze des Kommunismus zu erobern. Sie strebt danach, die breitesten Massen des Proletariats zu bewußten willensstarken Trägern der Klassenkämpfe gegen die Bourgeoisie zu machen. In diesen Kämpfen verbindet sich die Kommunistische Partei aufs innigste mit den Massen und übernimmt ihre Führung.

Die Kommunistische Partei wird die Macht nur ergreifen an der Spitze der Arbeiterklasse. Ihr Sieg steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution.

Aus dieser Stellung der Kommunistischen Partei ergibt sich ihr Verhältnis zu den bestehenden reformistischen Parteien und den reformistischen Gewerkschaften.

Die reformistischen und zentristischen Parteien leisten durch ihr Festhalten an den erstarrten Formen der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit der Bourgeoisie Hilfersdienste. Die Sicherung der proletarischen Existenz ist bei Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft und Herrschaft nicht mehr möglich. Indem die reformistischen und zentristischen Parteien für den kapitalistischen „Wiederaufbau" tätig sind, opfern sie die Interessen der Arbeiterklasse und diese selbst. Sie verwandeln sich

*) Siehe „Rote Fahne" Nr. 445.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0006

ADGB. und Brotwucher

In seinem Bericht über die letzte Bundesausschußsitzung des ADGB. schreibt der „Vorwärts“:

„In der Frage des Brotpreises stellt sich eine große Mehrheit des Bundesausschusses auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen sei, daß das Reich wieder Zuschüsse leistet, um den Brotpreis niedriger zu halten. Es sei von den Arbeitgebern zu fordern, daß sie die Lohnerhöhungen tragen, die erforderlich sind, um den vollen Preis des Brotes zahlen zu können, um so mehr, da die organisierten Arbeiter des Auslandes ebenfalls nicht billigen, daß es den deutschen Unternehmern durch die Zuschußwirtschaft ermöglicht werde, die Löhne niedriger zu halten, als sie eigentlich sein müßten.“

Der ADGB. wendet sich also gegen jede Verbilligung des Markenbrotes durch staatliche Zuschüsse, ohne irgend etwas dafür zu tun, um die Verbilligung durch Erhöhung der auf dem Wege der Umlage beschafften Getreidemenge und durch scharfe Preiskontrolle herbeizuführen.

Um den Markenbrotbedarf zu decken, sind 4,5 Millionen Tonnen Getreide notwendig. Die Kommunistische Partei hatte beantragt, auf dem Wege der Umlage diese Menge zu beschaffen. Die Koalitionsparteien setzten aber die Umlagemenge nur auf 2,5 Millionen Tonnen fest. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres und bei der Sabotage der Junker ist aber auf höchstens 2 Millionen Tonnen eingehendes Getreide zu rechnen. Die weiteren zum Markenbrot nötigen 2,5 Millionen Tonnen müssen vom Ausland oder im Inland zu Weltmarktspreisen beschafft werden. Wenn die Verbraucher von Markenbrot dafür voll aufkommen sollen, so wird der Preis des Markenbrotes fortgesetzt stark gesteigert und dem des freien Brotes angenähert.

Wenn sich also der ADGB. gegen staatliche Zuschüsse wendet, so hätte er zuerst dafür einzutreten, daß sämtliches zum Markenbrot nötige Getreide auf dem Umlageweg beschafft und daß durch eine scharfe Kontrolle der Landwirtschaft ein Preiswucher mit Brotgetreide verhindert wird. Diese Kontrolle muß sich auch erstrecken auf die Produzenten der Düngemittel und landwirtschaftlichen Produktionsmittel, damit dem Landwirt jeder Grund geraubt wird, die Produktion zu sabotieren. Statt dessen erklärt sich der ADGB. für freien Preiswucher mit dem Brotgetreide und verweist die Arbeiterschaft auf Lohnerhöhungen. Dabei gibt es doch gerade über diesen Punkt keine Meinungsverschiedenheit mehr, nämlich, daß die Lohnerhöhungen immer mehr hinter der Teuerung zurückgeblieben sind, daß es unmöglich ist, auf diesem Wege dem Verelendungsprozeß Einhalt zu gebieten. Dazu verhindert der ADGB. jeden wirksamen Kampf um ausreichende Erhöhung der Löhne nicht zuletzt mit dem Argument, daß der deutsche Arbeiter durch niedrige Löhne die deutsche Industrie dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig erhalten müsse (Stiemer). Wenn es sich darum handelt, den freien Brotwucher zu verteidigen, behauptet der ADGB., daß die ausländischen Arbeiter die deutschen Kulilöhne nicht billigen. Natürlich nicht, aber gerade darum muß das deutsche Proletariat ohne jede Rücksicht auf Unternehmerinteressen seine Interessen wahrnehmen.

Durch die Erhöhung des Preises für Markenbrot werden die Preise aller übrigen Lebensmittel in beschleunigtem Tempo emporgetrieben. Dies weiß der ADGB., behauptet er doch, daß schon durch seine Warenverteilungsstelle, wenn sie etwas billiger verkaufen könne, die Preise der übrigen Waren beeinflußt werden könnten. Gegenüber der Bedeutung des Brotgetreides ist die Warenverteilungsstelle ein winziger Faktor, aber merkwürdigerweise steht der ADGB. auf dem Standpunkt des freien Brotwuchers, da er nichts tun will, um die Kontrolle der Produktion durchzusetzen.

Die proletarische Kontrolle der Wirtschaft ist aber heute unbedingt notwendig, um der fortgesetzten Verschlechterung der Lage des Proletariats Einhalt zu gebieten. Die Arbeiterschaft muß daher diese Kontrolle durchsetzen.

Der „Kommunistische Gewerkschafter“

Nr. 33 ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt: Die politische Lage Rußlands und die russischen Gewerkschaften. — Die Gewerkschaften und die Betriebsrätebewegung. — Zum II. Kongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter. — Die Reichskonferenz der KPD. — N. Auerbach, Marx und die Gewerkschaften (Buchbesprechung). — Die gleitende Lohnskala. — Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ über die gleitende Lohnskala. — Die Kriegsopfer für Klassenkampf. — Internationale Arbeiterbewegung: Eine bedeutsame internationale Tagung. — Der britische Gewerkschaftskongreß in Southport. — Der russische Gewerkschaftskongreß an die Arbeiter aller Länder. — Aus den Bezirken und Industriegruppen,

Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe. Die Vereinbarung über die Septemberbezüge der Bankbeamten vom 15. d. M. sah vor, daß die Regelung für diesen Monat endgültig sein sollte, es sei denn, daß die Gehälter der Reichsbeamten für den September gegenüber dem August um mehr als 50 Prozent erhöht werden. Ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetztes Schiedsgericht entschied,

Diktatur im Bergarbeiterverband

Die Gegner des Reichsbetriebsrätekongresses an der Arbeit

Die Verelendung der Arbeiterklasse nimmt immer groteskere Formen an. Die Lohnsteigerungen halten nicht im entferntesten Schritt mit der immer mehr steigenden wahnsinnigen Teuerung. Die Proletarier wissen nicht mehr ein und aus; ihre Hoffnung auf die Gewerkschaften, daß diese eingreifen würden, der völligen Verelendung durch rücksichtslos geführten Kampf Einhalt zu gebieten, ist elend zuschanden geworden. Wohl sind Bittgänge zur Regierung unternommen worden, wohl haben sich Regierung und die Vertreter des ADGB. über die Teuerung und deren Wirkungen unterhalten, wohl sind Versprechungen über Versprechungen gemacht worden, aber **geschehen ist nicht das mindeste.** Der ADGB. hat Forderungen über Forderungen aufgestellt, aber **durchgeführt ist keine einzige.** Die Arbeiter sehen sich genarrt und betrogen von der Gewerkschaftsbureaukratie; sie haben den letzten Rest von Vertrauen zu diesen Instanzen verloren. Aber die Teuerungswelle stieg und steigt immer höher. Da kam der

Ruf aus den Betrieben nach dem Reichsbetriebsrätekongreß.

Und als am 17. September in Berlin die Vorbereitungen zur Einberufung des Kongresses getroffen werden sollten, entsandten auch einige Belegschaften des Bitterfelder Reviers Delegierte dorthin ab.

Diese Frechheit mußte gerochen werden. Die Gewerkschaftsbureaukratie sann auf Rache.

Es mußten natürlich sofort Maßnahmen gegen diejenigen getroffen werden, die es wagten, scharfen Kampf gegen den Wucher zu fordern. Und die Führer des Bergarbeiterverbandes hatten denn auch bald das „richtige Mittel“ gefunden. Als dieser Tage ein tüchtiger Genosse, der sich in den Augen der Gewerkschaftsbureaukraten „vergangen“ hatte, weil er an der Berliner Vorkonferenz beteiligt gewesen sein soll, nach einer Mitgliederversammlung eine Anzahl Neuanmeldungen im Bitterfelder Bureau des Bergarbeiterverbandes abgegeben hatte, wurde ihm eröffnet, daß er

aus dem Verbande ausgeschlossen

sei, **weil er für den Reichsbetriebsrätekongreß agitiert und an der Berliner Konferenz teilgenommen** habe. Jetzt hat der Genosse außerdem ein Schreiben erhalten, worin ihm **offiziell der Ausschluß aus dem Verbande** mitgeteilt wird.

Nur so zu, Ihr Herrschaften! Wenn Ihr glaubt, damit durchzukommen, dann fahrt nur so weiter! Niemand wird sich von solchen Maßnahmen irreführen lassen. In Kürze wird der Reichsbetriebsrätekongreß stattfinden, zu dem ungezählte Betriebe ihre Vertreter entsenden werden. **Will man diese alle ausschließen?** Dann werden die Belegschaften ein starkes Wörtchen mitreden müssen! Oder will man auch alle die Mitglieder ausschließen, die zu dem Kongreß Delegationen entsandt haben? Eines bedingt das andere! Die Delegierten handeln im Auftrage der Belegschaften. **Will man bewußt die Gewerkschaften zersplittern?** Wir sind überzeugt, daß die Gewerkschaftsbureaukratie diesmal die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die Mitglieder, gemacht hat. Eine solche Maßnahme, wie den Ausschluß der Teilnehmer am Reichsbetriebsrätekongreß wird einen Sturm der Entrüstung unter den Gewerkschaftsmitgliedern hervorrufen und die Verbände erzittern lassen. Schon jetzt müssen die Mitglieder, insbesondere die des Bergarbeiterverbandes, **energisch Front dagegen machen, daß ein Teilnehmer der Berliner Betriebsrätevorkonferenz dieserhalb aus der Organisation ausgeschlossen wird,** und sie müssen unter allen Umständen durchsetzen,

daß der Ausschluß sofort rückgängig gemacht wird.

Wenn sich die Gewerkschaftsbureaukraten einem solchen Verlangen der Mitglieder widersetzen, müssen sie von ihrem Posten entfernt werden.

Arbeiter, erkennt die Gefahren, die Euch drohen! Auf der einen Seite die Hungerpeitsche der Kapitalistenklasse, auf der anderen Seite die Kapitalsknechte, die Euren Willen, die Ausbeutersippe zum Teufel zu jagen, zu sabotieren versuchen. Ihnen geht die Arbeitsgemeinschaft mit dem Stinnespack über alles! Die gesamte Arbeiterschaft muß sich hinter den Reichsbetriebsrätekongreß und hinter ihre Delegierten stellen und so alle Anschläge der Kongreßgegner im vornherein zuschanden machen. Hier hilft kein Mundspitzen mehr, hier muß gepfiffen werden!

Wirtschaft

Es lohnt noch

Es lohnt noch, Aktionär zu sein. Außer Dividenden gibt es jetzt sehr oft und sehr reichlich — Kursgewinne. Die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe z. B. erhöht für das letzte Jahr ihre Ausschüttung von 30 auf 50 Prozent. Weiter wird eine Verdoppelung des Aktienkapitals von 40 auf 80 Millionen Mark vorgenommen. Die alten Aktionäre können auf je eine Aktie ein neues Papier zum Kurse von 172½ Prozent erwerben. Zu den 50 Prozent Ausschüttung die Möglichkeit eines fetten Kursgewinnes oder den Besitz eines hoch rentierenden Papieres.

Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft erhöht das Kapital ebenfalls wieder, diesmal um 300 Millionen Mark, auf 1,4 Milliarden Mark. Die AEG. verfügt damit über das größte Aktienkapital einer einzigen Gesellschaft; sie hat im Laufe eines Jahres ihr Aktienkapital verdreifacht. Für das letzte Jahr werden 25 Prozent Dividende verteilt gegen 16 Prozent im Jahre vorher. Die Hälfte des neuen Kapitals wird den Stammaktionären zum Kurse von 400 Prozent angeboten.

Vom Tage

Das Urteil im Gotteslästerungsprozeß, über den wir gestern bereits berichteten, wurde gestern vormittag gefällt. Der Vorsitzende führte aus, daß die Erfüllung des Gotteslästerungsparagraphen angenommen werden müsse. Das Gericht erkannte daher auf sechs Wochen Gefängnis für Einstein, dem Dichter der Schrift „Die schlimme Botschaft“, und auf drei Wochen Gefängnis für den Verleger Ernst Rowohlt. Da beide Angeklagte aber bisher unbescholten sind, wurden die Gefängnisstrafen in Geldstrafen umgewandelt, und zwar 10 000 Mark für Einstein und 5000 Mark für Rowohlt. Das Buch wird eingezogen, die Platten und Formen des Druckes sind zu vernichten. Das Urteil ist ein Beweis, **daß die** Klassenjustiz sich tapfer für ihren „lieben Gott“ einsetzt.

Wyneken wieder zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der frühere Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, Dr. Gustav Wyneken, wurde von der Strafkammer in Rudolstadt wegen Vergehens gegen § 174 Abs. 1 wieder zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Bekanntlich hatte eine starke öffentliche Bewegung, besonders in freideutschen Kreisen, gegen das Urteil in erster Instanz eingesetzt.

Eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Bei Przemysl wurde von Unbekannten eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Die Gleise sind auf einer langen Strecke demoliert. Dank der Geistesgegenwart des Lokomotivführers ist der Schnellzug mit geringen Beschädigungen davongekommen.

Der erste Schnee in Thüringen gestern gefallen. Schmalkalden, 13. Oktober. Gestern morgen ist der erste Schnee gefallen. Gleiche Meldungen kommen aus Ruhla, wo durch den Schneefall die Kartoffelernte gefährdet ist. In Brotterode sowie auf dem Inselberg waren gestern die Fenster gefroren. Die ganze Umgebung des Berges war mit Schnee bedeckt. Hafer und Grummet liegen noch draußen, ebenso die Kartoffeln.

Viele Millionen Schnaps-Steuerunterschlagungen. In Essen ist man ausgedehnten Steuerhinterziehungen auf die Spur gekommen. Der Brennereibesitzer Krautbremer hatte ein geheimes Abzweigrohr anlegen lassen, das über die zum Hauptzollamt aus steuerlichen Rücksichten in der Brennerei angebrachte Kontrolluhr hinweggeleitet war. In diesem Abzweigrohr wurde ein erheblicher Teil des täglich erzeugten Sprits abgefangen, der die Kontrolluhr nicht passierte und deshalb der Versteuerung entzogen wurde. Durchweg wurde nur nachts das Abzweigrohr benutzt, während tagsüber die Kontrolluhr ordnungsmäßig funktionierte. Mit dem Brenner im Bunde stand der Zollassistent, der die vorgeschriebenen zollamtlichen Revisionen in der Brennerei vorzunehmen hatte. Der Brennereibesitzer, der vor ein paar Jahren, als er die Fabrik gründete, arm war wie eine Kirchenmaus, ist inzwischen ein reicher Mann geworden und besitzt eine ganze Anzahl von großen Häusern.

Der Amateursozialist

45]

Roman von Bernhard Shaw

„Die Idee der Auswanderung,“ entgegnete Trefusis, „ist wirklich eine für uns gefährliche. Machen Sie den Arbeiter erst damit vertraut, dann wird er eines Tages einsehen, was für eine famose Sache das ist, wenn er mich und Sie und das Oberhaus mit der ganzen Sippe müßiger Besitzer nach St. Helena verschickt und uns als Entschädigung ein reizendes Geschenk mit der Insel macht. Wir sind solch ein ruhestörs, unglückliches Geschlecht, daß ich nicht weiß, ob das Ganze nicht auch für uns gut sein werde. Die Arbeiter würden nichts verlieren außer dem Anblick unserer eleganten Person, unserer feinen Manieren und unseres delikaten Geschmacks. Vielleicht schützen sie sich gegen diesen Verlust, indem sie ein paar von uns herauswählen und als Zierrat benutzen. Keine Nation, die Sinn für Schönheit hat, würde Lady Brandon oder Miß Lindsay oder Miß Mylie verjagen.“

„Solch ein Unsinn!“ sagte Jane.

„Sie werden es kaum glauben, wieviel Geld ich schon ausgegeben habe, um Arbeiter ins Ausland zu senden, trotzdem das ja nach meiner Ansicht nicht im Interesse des Landes liegt,“ fuhr Trefusis, zu Erskine gewandt, fort. „Sobald ich einen Arbeiter bekehrt habe, benutzt er die erstbeste Gelegenheit, um irgendwo in einer Rede seine neuen Ansichten darzulegen. Sein Brotherr entläßt ihn dann, er gibt ihm den Laufpaß, wie man sagt. Die Entlassung ist das Schwert des Kapitalisten, und der Hunger hält es stets scharf für ihn. Sein Schild ist das Gesetz, das diese eigene Klasse ausdrücklich zu dem Zwecke gemacht ist. So gewappnet, triumiert er meinen armen Bekehrten, und dieser kommt in seinem Elend zu mir und bittet um meine Hilfe. Da ich ihm für sein ganzes Leben keine Rente bezahlen kann schaffe ich ihn mir vom Halse, indem ich ihm helfe, auszuwandern. Manchmal geht es ihm gut, und er bezahlt mir das Geld zurück. Mitunter höre ich auch nichts mehr von ihm, oder er kommt, wie er vorher gewesen war, wieder zurück. Ein Mann, den ich nach Amerika sandte, erwarb sich ein Vermögen, aber er war kein Sozialdemokrat. Er war ein Handlungsgehilfe, der eine Unterschlagung gemacht hatte und sich an mich um eine Unterstützung wandte, weil er glaubte, ich halte es für eine sehr verdienstliche Sache, einem Kapitalisten die Kasse zu bestehlen.“

„Er war jedenfalls ein praktischer Sozialist,“ sagte Erskine.

„Im Gegenteil, er war ein etwas zu habgieriger Individualist. Aber wie es auch sei, ich ermöglichte es ihm, seine Unterschlagung wieder gutzumachen — in der City kann man jede Unterschlagung wieder gutmachen, wenn man das Geld zurückzahlt — und nach Neuyork zu gehen. Aber er wußte es besser als ich, denn er erwarb sich ein Vermögen, indem er mit Geld spekulierte, das nur in der Einbildung derer existierte, mit denen er Geschäfte machte. Er hat mir nie etwas zurückbezahlt. Er ist offenbar ein viel zu guter Geschäftsmann, um Geld zurückzuzahlen, das man ihm nicht durch gesetzliche Mittel oder Abschneidung des Kredits abnehmen kann. Mr. Erskine,“ fügte Trefusis, zu dem Dichter gewandt, mit ruhigerer Stimme hinzu, „es ist unrecht, daß Sie gegen Ihre eigene Natur die Partei von Halunken und Glücksjägern nehmen, selbst wenn diese von einem Mann angegriffen werden, der das Photographieren dem Radieren vorzieht.“

„Aber ich versichere Ihnen — Sie mißverstehen mich wirklich,“ sagte Erskine verwirrt. „Ich —“ Er stockte, blickte Sir Charles um Hilfe an und sagte dann lebhaft: „Ich zweifle nicht, daß Sie völlig recht haben. Ich hasse Geschäfte und Geschäftsmenschen, und was die sozialen Fragen angeht, so habe ich da nur einen Glaubensartikel, daß das einzige Schöne im Menschenleben die schöne Kunst ist.“

„Und ich glaube, daß das einzige Schöne in der Kunst das Menschenleben ist. Die Kunst wächst, wenn die Menschen wachsen, und sie verkommt, wenn die Menschen verkommen. Was ist Ihre Meinung?“

„Ich stimme in mancher Beziehung mit Ihnen überein,“ entgegnete Sir Charles nervös, denn ein Mangel an Interesse für seine Mitmenschen und ein Uebermaß von Interesse für sich selbst waren die Ursache, daß er nichts von sozialen Dingen verstand. Da er aber glaubte, ein Baronet müßte das eigentlich auch wissen, fürchtete er sich natürlich, irgend jemand zu widersprechen, der in zuversichtlicher Weise davon anfing. „Wenn Sie an Kunstsachen Interesse haben, kann ich Ihnen, glaube ich, manches Sehenswerte zeigen.“

„Das wird mich freuen. Ich werde Ihnen dafür gelegentlich eine Sammlung von Photographien zeigen, von denen ich viele selbst aufgenommen habe. Vielleicht wird sie Ihnen einige Belehrung bieten.“

„Ohne Zweifel,“ sagte Sir Charles. „Wollen wir zur Galerie zurückkehren? Ich habe da ein paar Schätze, die die Photographie so bald noch nicht übertreffen wird.“

„Ich denke, wir gehen durch das Gewächshaus,“ sagte Jane. „Sieben Sie Blumen, Mr. Smi — Nie kann ich mich doch auf Ihren richtigen Namen besinnen.“

„Das ist seltsam,“ sagte Trefusis.

Sie erhoben sich und betraten ein langgestrecktes Treibhaus. Lady Brandon hatte Erskine an ihrer Seite — Sir Charles und Gertrude gingen vor ihr. Aber sie sah sich nach Trefusis um, denn sie beabsichtigte, unter dem Vorwand, ihm die Blumen zu zeigen, ein wenig mit ihm zu flirten. Er war nicht zu sehen, aber sie hörte seine Schritte auf dem Wege an der andern Seite des Gewächshauses. Agatha war ebenfalls nicht zu sehen. Jane, die diese Anordnung nicht ändern durfte, wenn sie nicht ihre Absicht auffällig machen wollte, mußte mit Erskine weitergehen.

Agatha hatte ohne jede Absicht den andern Durchgang betreten. Als sie sah, was sie getan hatte, und sich wirklich ganz allein mit Trefusis, der ihr gefolgt war, fand, tadelte sie ihn deswegen und war schon dabei, zurückzugehen, als er kühl bemerkte:

„Waren Sie bestürzt, als Sie von Henrietias plötzlichem Tod hörten?“

Agatha kämpfte einen Augenblick mit sich selbst und sagte dann mit unterdrückter Stimme: „Wie können Sie es wagen, mit mir zu sprechen?“

„Warum nicht?“ fragte er erstaunt.

„Ich will mich nicht in eine Auseinandersetzung mit Ihnen einlassen. Sie wissen ganz gut, was ich meine.“

„Sie glauben, Sie wären durch mich beleidigt. Das ist klar genug. Aber wenn ich von einer jungen Dame in freundlichster Weise scheide und sie mich nach Jahren, während derer ich sie nicht gesehen und ihr nicht geschrieben habe, gefragt werde, wie ich es wagen dürfte, mit ihr zu reden, dann bin ich natürlich erstaunt.“

„Wir schieden nicht in freundlichster Weise.“

Trefusis spannte seine Augenbrauen an, als ob er sein Gedächtnis anspannen wollte. „Wenn wir es nicht taten,“ sagte er, „so habe ich es auf mein Ehrenwort vergessen. Wann schieden wir voneinander, und was geschah da? Es kann nichts sehr ernsthaftes gewesen sein, sonst müßte ich mich dessen erinnern.“

Seine Vergeßlichkeit verwundete Agatha. Sie sind zweifellos sehr daran gewöhnt —“ Sie unterbrach sich selbst, und es gelang ihr schnell, wieder in ihren gewöhnlichen Unterhaltungston einem Herrn gegenüber zu kommen. „Jetzt, da ich nachdenke, erinnere ich mich kaum, was es eigentlich war. Wahrscheinlich irgendeine Kleinigkeit. Lieben Sie Orchideen?“

„Die haben jetzt nichts mit unserer Sache zu tun. Die Orchideen interessieren Sie auch gar nicht so, sie wollen nur von dem Mißverständnis davonlaufen, anstatt es aufzuklären. Das ist immer eine kurzsichtige Politik.“

Agatha wurde unruhig, denn sie fühlte, wie sein früherer Einfluß sie wieder überkam. „Ich habe nicht den Wunsch, darüber zu sprechen,“ sagte sie fest.

Ihre Festigkeit war bei ihm verloren. „Ich weiß noch immer nicht, worum es sich überhaupt handelt,“ sagte er. „Aber ich möchte es wissen, denn ich glaube, es liegt da ein Mißverständnis vor, und es ist eine Gewohnheit Ihres Geschlechts, Mißverständnisse zu verewigen, indem Sie sich jede Anspielung darauf verbitten. Als ich Lydia so schnell verließ, habe ich vielleicht vergessen, ein Versprechen zu erfüllen oder Lebewohl zu sagen oder sonst irgend etwas. Aber wissen Sie, wie plötzlich ich weggerufen wurde? Ich erhielt eine telegraphische Nachricht, daß Henrietta im Sterben liege, und ich hatte kaum die Zeit, meine Kleider zu wechseln — um den Zug zu erreichen. Und schließlich war sie schon tot, als ich ankam.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0007

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001 **Artur Sämisch**, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Achtung! Parteigenossen! Alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsobleute, Jugend und Frauen treffen sich in allen Distrikten **heute**, Freitag, den 13. Oktober, abends 7½ Uhr, in den bekannten Lokalen.

Die Funktionäre von Böllberg-Wörmlitz treffen sich bei Schmidt, Böllberger Weg.

Kommunistische Eisenbahner. Sonntag, den 15. Oktober, vormitt. 8½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Sehr wichtige Sitzung.**

Kommunistische Maler. Sonnabend, 14. Oktbr., abds. 8 Uhr, in der „Goldenen Kette": **Sehr wichtige Sitzung.**

Distrikt 8. Sonnabend, 14 Oktober, abends 7½ Uhr, im „Neuen Bürgergarten": **Distriktsversammlung.** — Die Funktionärsitzung heute abend fällt aus.

Distrikt 19. Die **Funktionäre** treffen sich zahlreich am **Sonntag**, dem 15. Oktober, vormitt. 9 Uhr, im Distriktslokal.

Saalkreis.

Kleinkugel. Sonnabend, 14. Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Pille in Naundorf: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Karl Oertel (Halle).

Beuchlitz, Holleben u. Schlettau. Sonnabend, 14. Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Wernicke in Schlettau: **Mitglieder-Versammlung.** Referent: Genosse Gustav Bormann (Halle).

Dölau. Freitag, 13. Okt., abends 8 Uhr, im Gasthaus Dierschke: **Mitglieder-Versammlung.** 1 Stunde vorher **Funktionärsitzung.** Die Zehnerschaftsführer müssen restlos und pünktlich erscheinen.

Morl. Sonntag, 15. Okt., abds. 8 Uhr, im Gasthof Stoye: **Mitglieder-Versammlung.**

Lettin. Sonntag, 15. Okt., abds. 8 Uhr, im Gasthof Kamp: **Mitglieder-Versammlung.**

Mansfelder Seekreis.

Helbra. Sonntag, 15. Okt., abends 7 Uhr, im Gasthof „Zur Tanne": **Mitglieder-Versammlung.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Sonntag, 15. Okt., vorm. 9 Uhr, im Rest. von Wagner, Voigtstr.: **Betriebsräte-Konferenz** der komm. Betriebsräte für die Zeitz-Weißenfelser und Meuselwitz-Rositzer Reviere. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Gladitz. Sonntag, 17. Okt., abds. 7½ Uhr, im Gasthof: **Mitglieder-Versammlung.**

Haynsburg. Sonnabend, 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Parteilokal: **Mitglieder-Versammlung.**

Kreis Sangerhausen.

Artern. Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Goethehaus: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Die kommenden Kreistagswahlen. Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Gustav Menzel (Halle).

Blankenheim. Sonnabend, 14. Oktober, abds. 8 Uhr, im Lokal Wendt: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische Lage und die Kreistagswahl". Referent: Genosse Joh. Höcker (Halle).

Bornstedt. Sonntag, den 15. Okt., nachmittags 3 Uhr, im „Weißen Roß": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: Die politische Lage u. die Kreistagswahlen. Ref.: Gen. Joh. Höcker-Halle.

Holdenstedt. Sonntag, den 15. Okt., abends 8 Uhr, im Lokal Hugo Reinicke: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Die politische Lage u. die Kreistagswahlen. Ref.: Genosse Joh. Höcker-Halle.

Emseloh. Sonntag, den 15. Okt., abds. 8 Uhr, Lokal Schubert: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: Die politische Lage u. die Kreistagswahlen. Ref.: Genosse Otto Müller-Halle

Oberröblingen (Helme). Sonntag, 15 Oktbr., nachmittags 5 Uhr, im Gasthof „Zur goldenen Aue": **Oeffentl. Volksversammlung.** Thema: „Die politische Lage u. die Kreistagswahlen". Referent: Genosse Urban (Halle).

Liedersdorf. Sonntag, 15. Oktbr., abds. 8 Uhr, bei Ziegler: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische Lage und die Kreistagswahlen". Referent: Gen. Fritz Rößling (Halle).

Wettelrode. Sonnabend, 14. Oktober, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschenke: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische Lage und die Kreistagswahlen". Referent: Genosse Lademann.

Beyernaumburg. Sonnabend, 14. Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gemeindegasthof: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die politische Lage u. die Kreistagswahlen". Refer.: Genosse Urban (Halle).

Sowjetsterne
wieder eingetroffen.
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren Filialen. F

Möbel steigen riesig!
Empfehle noch billig:
Schlafzimmer, Küchen, Kleiderschränke, Bett., Tische, Stühle, engl. Bettst. m. Drell-Matr., Sofas, Chaiselongues
in großer Auswahl.
Otto Thormann,
4069] **Brüderstr. 14.**

Gummi-Absätze -Sohlen
Leisten 643
moderne Fassons
empfiehlt billigst
Paul Andersch,
Magdeburger Str. 8.

JOHN REED
Zehn Tage, die die Welt erschütterten
243 Seiten und 10 Illustrationen
Preis brosch. 150.— ℳ, geb. 200.— ℳ (Organ. brosch. 100.— ℳ, geb. 180.— ℳ)
Soeben erschien die II. Auflage (11. bis 20. Tausend)
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8
Auslieferung an die Organisationen der KPD. ausschließlich durch VIVA, Berlin SW, Planufer 17
Zu beziehen durch:
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Abteilung: Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren Filialen. *854

Vereine

benötigen
Drucksachen!
Bestellt dieselben bei der
Produktiv-Genossenschaft Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14.
Fordert Offerten ein.

Arbeiter-Sänger-Chor.
Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**
Heute, Freitag, abends 8 Uhr, i. „Volkspark": General-Versammlung

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel
Vereinslokal: „Lüderitz Berg", Reilstr.
Jeden Freitag, abends 8 Uhr: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor.
Freitag, d. 13. Oktbr., ab. 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**

Die Naturfreunde.
Stadth.: Weidenpl. 20.
Jeden Dienstag, nachm. im Heim Weidenpl. 20: Kindergruppe.
Heute Freitag: Im Heim Weidenplan: Geschäftsabend Im Heim Laurentiusstr.: Vortrag für männl. Mitglieder „Die sexuelle Frage".
Sonntag, d. 15. Oktober: Tagesfahrt in den Südharz. Anmelden und Näheres hierzu heute abend im Stadtheim.
Jugendgruppe.
Sonntag: Tagesfahrt n. d. Petersberg. Abmarsch: Früh 8 Uhr, vom Wasserturm (Roßplatz).
Donnerstag, i. Zeichensaale, Klosterstraße: Monats-Versammlung

Zentralv. prol. Freidenker. (Ortsgruppe Halle).
Jeden Dienstag nach d. 15., in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitglieder-Versammlung. Nächstes Thema: „Die Wunder der mikroskopischen Welt und die Kunstformen d. Natur". Gäste stets willkommen.

Dtsch. Arbt.-Abstin.-Bund. Ortsgruppe Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartstraße 15.

I. Hall. Mandolin.-Orchester
Jeden Donnerstag, abds. 7 Uhr, i. Zeichensaale der Charlottenschule: Uebungsstunde.

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle.
Lokal: „Lüderitz Berg".
Sonntag, d. 15. Oktbr., nachm. ½3 Uhr: Nachmitt.-Tour. Ziel: Unbestimmt. Treffpunkt: „Lüderitz Berg".
— abends: Zusammenkunft in „Lüd. Berg".

Arb.-Samarit.-Kol. Halle
Jed. Freitag: **Uebungsstunde** in der Martinschule, Charlottenstr.

Allgem. Arbeiter-Union. (Rev. Betriebs-Org.).
Jeden Freitag von ½8 bis ½10 Uhr i. „Volkspark": Kassenstunden
Freitag, den 13. Oktbr., im „Volkspark": Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen aller ist Pflicht, da wichtige organisatorische Fragen erledigt werden.
Der Ortsausschuß.

Arb.-Schwimmverein Halle a. d. S.,
Mitgl. d. Arb.-T.-u. Sp.-B.
Uebungsstunden:
Mittwoch, 8—9 Uhr: Damenabteilung.
Donnerstag, 7—8 Uhr: Jugendabteilung.
— 8—9 Uhr: Männerabteilung.
Sonnabend, 14. Oktbr., in der „Prod.-Genossenschaft", abds. 7 Uhr: Empfangsabend d. auswärtigen Genossen. (Wegen der Quartier-Einteilung haben alle Mitglied. z. erscheinen).
Sonntag, d. 15. Oktbr., vorm. 10 Uhr, i. Stadtbad: Wasserballspiele. — nachmittags 3 Uhr: Schwimmfest.

Arbeit.-Radfahr.-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle
Sonntag, d. 15. Oktbr.: Familien-Ausflug nach Diemitz (Gesellschaftshaus). Abm.: 2½ Uhr, v. d. Diemitzer Brücke.
Freitag, den 27. Oktbr., abends 7½ Uhr, im „Volksp.": Versammlung.

Sportklub 1909.
Vereinslokal: Zur Blume, Torstraße 29.
Uebungsstund.: Schülerabteilg. Freitags 6 bis 8 Uhr. Jugendabteilung Freitags 8—10 Uhr, Männerabteilung Sonnabends 8-10 Uhr. Versammlungen jed. Dienstag nach d. 1. im Mon.

Kom. Arbeiter-Jugend
Ortsgr. Halle a. d. S.
Sonntag: Ins Blaue. Treffpunkt: 2 Uhr, a dem Wettiner Platz.
Dienstag: Vortr. über: „Historischer Materialismus". Das Erscheinen aller ist Pflicht.
Der Ortsrat.

Komm. Jugend.
Jugendh.: Rathausstr. 16.
Freitag, 13. Okt.: Vorträge. Süden: Gen. Grade: „Historischer Materialismus"; Zentrum: Gen. Bechstädt: Kapitalismus u. Kommunismus; Norden: Gen. Wöhe: „Kommunistisches Manifest".
Sonntag, 15. Okt. Besichtigung des Geologischen Museums am Domplatz. Treffen 9½ daselbst. Abends ab 7 Uhr im Kartellzimm. des „Volksparks": Gemeinsamer Unterhalt.-Abend f. a. Gruppen. Teilnehmerkarten zur Besichtigung sind, für 5 Mark das Stück, bei allen Gruppenleitern zu haben. Beteiligt euch zahlreich an allen Veranstaltungen.
Montag, abends 7 Uhr, i. Heim: J.-V.-Sitzung.

Kommun. Kindergruppe
Heim: Rathausstr. 16.
Jeden Montag, v. 4½ bis 7½ Uhr: Mandolinenstunde. Anmeldungen werd. noch entgegengenommen beim Gen. Robert, in der Lerchenfeldstr. 14.
Heute, Freitag, 13. Okt., nachm. ½5 Uhr, für Gruppe Nord: Mitgl.-Versammlg. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.
Am Sonntag treffen sich alle Gruppen nachm. 3 Uhr in den Gruppen-Lokalen zur Unterhaltung u. z. Spiel.
Sonntag, d. 15. Oktbr., vorm. 10 Uhr, Lerchenfeldstr. 14: Vorstandssitzung.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Cröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Mittwochs v. 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr.
Kinder-Mand.-Abtg. Jeden Donnerstag, von 6 bis 8 Uhr.

Nietleben

Gesangver. Lyra
Sonnabend, d. 14. Oktbr., abends 8 Uhr: Singestunde.

Mus-Töpfe
in allen Größen, sowie braunes
Töpfergeschirr
billigst bei 4080
P. Lange,
Merseburg. Straße 168, neb. C.T.-Lichtspiele.

Mod. Küchen
in allen Farben.
Moderne
Schlafzimmer, Betten, Matratzen, Sofas, 4077
Chaiselongues
preiswert zu verkaufen.
Möbelhaus
Kurt Hoffmann
Ludw.-Wucherer-Str. 37

Einsatzhemden, Winterhemden, Oberhemden, Strickwesten,

Derbe Socken, Damenstrümpfe, Hosenträger, Krawatten,
Dauerwäsche-Vertrieb, 4079
Kl. Berlin Nr. 2.
1 Tr., Eing. Sternstr

Vergleichen Sie Preise und Qualität!
Pa. Pilothosen
nur gute Qualität
von Mk 1200 bis 2100.
Pa. Winterjoppen
von Mk 1175 bis 3500.
Pa. Monteuranzüge
Mk. 2300.
Pa. Arbeit.-Hemden
von Mk. 1160 bis 1275.
Frauen-Unterröcke
best. Leinen, dunkle Farb. Mk. 400.
Textil-Handelsgesellschaft m. b. H. 4083
vorm. Reinke
Leipziger Straße 55, I, am Riebeckplatz.

Die gute
Sternwolle
in allen Farben vorrätig *657
Lipper,
Magdeburger Str. 25 am Walhalla.
Wiederverkäufer Extrapreise.

Damen-Velourshüte u. Wiener Velour,
zum Teil mit kleinen Fehlern, sind neu eingetroffen. 4084
Bekannt billige Preise.
Stück 350 bis 850 Mark.
Nur Anna Lehmann, Steinweg 20.

„Wintergarten". 4074
Sonnabend, den 14. Okt., abds. 8.30 Uhr:
Entgült. Entscheidungskampf!
v. d. Heyd gegen Albert Hein.
Falls der Kampf bis ½11 Uhr durch Niederlage nicht entschieden ist, so tritt die Punktwertung ein und wird derjenige als Sieger erklärt, welcher die meisten Punkte erzielt hat.
Vorverkauf von numerierten Plätzen im „Wintergarten"-Café.

Arbeiter-Sportklub Halle.
Sonnabend, den 14. Okt., ½8 Uhr abds., im Vereinslokal „Grüne Tanne":
Mitglieder-Versammlung
4071 **Der Vorstand.**

Konsumverein Glesien u. U.,
e. G. m. b. H.
Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im **„Gasthof Sennewitz":**
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht und Richtigkeitssprechung desselben, sowie Entlastung des Vorstandes.
2. Antrag der Verwaltung: Aenderung der §§ 56, 57, 58, 86.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie zweier Stellvertreter.
4. Anträge der Mitglieder nach § 41 des Statuts.
5. Verschiedenes. *855

Der Vorstand.

Wir zahlen
für:
Lumpen . . . . . . Kilo 18—
Altpapier . . . . . „ 22—
Bücher u. Zeitungen „ 36—
Wollene Strumpfabfälle „ 100—
Schafwolle . . . . . „ 200—
Metalle ständig zu Börsenpreisen.
Ferner
alle Sorten Felle zu Tagespreisen.
Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Nur Triftstraße 24,
Augustastraße 17, Hof,
Große Brunnenstraße 61,
Liebenauer Str. 168 (Ecke Wolfstr.),
Breitestraße 34.
Tel. 5659. Tel. 4363.
Beim Verkauf von Metallen ist Personenausweis mitzubringen. 4082
Händler u. Industrie erhalten Vorzugspreise.
Jeder Verkäufer verlange Ausweis, da unser Name vielfach mißbraucht worden ist und dadurch eine Schädigung des Publikums stattgefunden hat.

Arbeitsmarkt

4–5 Dachdecker
gesucht. 4070
Karl Haack Nachf.,
Halle a. d. S., Herderstr. 18.

Arb.-Schwimmverein Halle
Mitglied des Arbeiter-Turn- u. Sportbundes.
Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, im **„Stadtbad":**
Wasserballspiele.
Am Start 14 auswärtige Vereine.
Nachmittags 3 Uhr: **„Schwimmfest".**
Zu gleicher Zeit findet von nachmittags 3 Uhr an im **„Volkspark"** unser 4072
Vergnügen
zu Ehren der auswärtigen Gäste statt. Arbeiter, Sportgenossen, unterstützt unsere Veranstaltungen J. A.: **R. Schlegel.**

Kaufe
Lumpen, Alteisen, Bücher, Zeitungen, Papierabfälle zu Tagespreisen!
Adolf Beer,
Kutschgasse 2. :: Fernruf 2726. 4046a

Berliner Bekleidungs-Industrie,
Fabrikniederlage: Halle, Alter Markt 3,
empfiehlt: 640
Anzüge, Paletots, Hosen, Arbeiter-Bekleidung
en détail zu Fabrikpreisen.

Riesels Monatsgarderoben
Etagen-Geschäft Gr. Märkerstraße 22, I.
Neue und wenig getragene *852
Herren-Garderoben aller Art.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao
der von der Wissenschaft anerkannte Kräftigungstrank für in der Ernährung zurückgebliebene durch erschöpfende Krankheiten geschwächte Erwachsene, und für im Wachstum gehemmte Kinder.
Ueberall erhältlich! — Alleiniger Hersteller:
Georg Gebhardt & Co., Halle a. d. S.
*661 Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36. Fernspr. 4841.

Herr K. Köwing, Gött. schreibt: Meine
Pickeln Mitesser *853
habe ich durch Schaumauflage von Obermeyer's Medizinal-
Herba-Seife
beseitigt. Zur Nachbehandl. ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Gold- 4081
Silberwaren-, Platin-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten
Beil & Meßling, Rannischestr. 13
Ruf-Nr. 1286. Eingang Moritzzwinger, I. Stck.
Beste Absatzquelle für Aufkäufer. 4081

Weißwein- u. alle and. Wein-, Sekt- u. Sahneflaschen
kauft zu hohen Preisen und holt ab 4078
Holland, Zapfenstr. 18, Tel. 4284.

Kommunistische Literatur,
sowie sämtliche
auf dem Büchermarkte erscheinenden
Bücher und Schriften
liefert
A. Polk, Bitterfeld,
Querstraße 3,
Filiale der F
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.,
Abteil.: Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.

Bin ständig Käufer
von getragener u. neuer Herren-Garderobe, Hosen, Jacketts, Militär-Mänteln, -Röcken und Hosen, Leihscheinen usw. 658
Hammer, Rathausstr. 17, H. I

Pelz! 4073
Um- u. Neuanfertigung, Gerben u. Färben aller Felle. **Solfrian,** Böllberger Weg 7.

Ansichts-Postkarten
Volksbuchhandlung.

Stadt-Theater.
Sonnabend, d. 14. Okt., Anfang 7, Ende 12 Uhr
Peer Gynt
Dram. Gedicht v. Ibsen.
Sonntag vorm.: **Gerhart Hauptmann-Morgenfeier.**
Sonntag nachm.: **Der Waffenschmied.**
Sonntag abend: **Rosenblut.** 4075

Modezeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung.

Arbeitsschuhe
2000 Mk.
Kinderschuhe
Größe 27/32
485 Mk.
verkauft 4076
Schuhbörse,
Gr. Brauhausstr 10.

660

Bruchbänder, Leibbinden Senkfußeinlagen.
Fr. Speer, Halle, (Saale)
Gr. Ulrichstr. 63,
Krankenkassenlieferant.

Gold-, Silber-, Platinbruch, 672
kauft ständig zu höchst. Tagespreisen
Emil Boenitzsch
Marktplatz 13
(Ecke Talamtstraße).

Läuse **Wanzen** u. **Flöhe** vert.
wie bekannt „Riesolda"
Schurig, Steinweg 10 [659

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 160 Mk. Durch die Post monatlich 160 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2261. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.— Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsetentel. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Krob, Halle

Einzelpreis 7 Mark | **Freitag, den 13. Oktober 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 240**

Rüstet zur Bezirkskonferenz der Betriebsräte

An die Arbeiterschaft des Bezirks Halle-Merseburg!

Arbeitsbrüder, Kollegen!

Der Bezirkskartellvorstand hat beschlossen, für den 5. November eine Konferenz der Betriebsräte für den ganzen Bezirk Halle-Merseburg nach Halle einzuberufen. Die unterzeichneten Kontrollausschüsse begrüßen den Beschluß. Die Aufgaben und Beschlüsse dieser dringend notwendigen Konferenz sind für die ganze werktätige Bevölkerung von größter Bedeutung. Die unterzeichneten Kontrollausschüsse sind der Auffassung, daß diese Konferenz entscheiden muß:

Ob die Unternehmer über die knappen Rohstoffe und Agrarprodukte nach wie vor allein verfügen sollen, oder ob die Betriebsräte ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht bei der Erzeugung aller Waren fordern und erkämpfen müssen.

Ob die Preisfestsetzung und Verteilung von Kohlen, Kartoffeln, und aller Lebensmittel nur durch die Händler geschehen soll, oder ob die Betriebsräte in Verbindung mit den bestehenden Kontrollausschüssen und Konsumvereinen mitzuwirken haben.

Ob die furchtbare Wohnungsnot endlich durch eine proletarische Lösung einer Besserung zugeführt werden soll.

Die Konferenz muß vor allem darüber entscheiden, wie in Zukunft die Betriebsräte und Ortsausschüsse des ADGB. gemeinsam mit den Kontrollausschüssen zu wirken haben.

Diese wichtigen Fragen können nur dann einer Lösung entgegengeführt werden, wenn

alle Betriebsräte des Bezirks

auf der Konferenz vertreten sind. Nach den Beschlüssen des Bezirkskartellvorstandes ist den Ortskartellen die Anzahl der zu entsendeten Delegierten überlassen. Deshalb besteht die Gefahr, daß verschiedene Ortskartelle wegen Mangels an Geldmitteln keine Betriebsräte entsenden. Das darf unter keinen Umständen stattfinden! In den Orten, wo die Kartelle nicht genügend Geldmittel zur Verfügung haben, müssen die Arbeiter in den Betrieben durch Sammlungen dafür sorgen, daß ihre Betriebsräte am 5. November nach Halle gesandt werden. Die Konferenz muß zu einem machtvollen Willensausdruck aller Arbeiter des Bezirks Halle-Merseburg werden.

Auf ans Werk! Es lebe der Kampf gegen weitere Verelendung! Es lebe die proletarische Einheitsfront aller Werktätigen!

Die Kontrollausschüsse von Halle, Weißenfels, Eisleben, Torgau, Wittenberg, Delitzsch, Burgkemnitz, Hettstedt.

Kommunistische Wahlerfolge in Ostpreußen

(Eigener Drahtbericht.)

Königsberg, 12. Oktober.

In dem Landkreis Tilsit-Ragnit, der auf Grund des Gesetzes über die kommunale Neuordnung im Osten neu gebildet worden ist, sind Neuwahlen zum Kreistag vorgenommen worden. Die Kommunisten erhielten 1881, die Vereinigten Sozialdemokraten 1659, die Vereinigten Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler 2041 und der Wirtschaftliche Mittelstand, bestehend aus Demokraten und Bauernbund, 1845 Stimmen. Das ist zunächst das Ergebnis aus 52 von insgesamt 82 Stimmbezirken. Die Stimmenzahl kann sich noch wesentlich ändern.

Gleichzeitig fanden auch die Wahlen zum Kreistag des neugebildeten Kreises Niederung statt. Dabei erhielten die Kommunisten fünf Sitze, die Vereinigten Sozialdemokraten ebenfalls 5 Sitze, die beiden Rechtsparteien zusammen 8 Sitze, die Demokraten einen Sitz und die kleinen Landwirte 5 Sitze.

Die Erhöhung des Umlagepreises

Das Markenbrot 100 Mark

Berlin, 13. Oktober.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat mit 17 Stimmen gegen 5 Stimmen der Arbeitnehmervertreter die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf beschlossen, der den Preis des ersten Umlagedrittels erhöhen und damit den Brotpreis gleich auf 100 Mark hinaufschnellen lassen soll. Die Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft enthielten sich der Stimme, weil sie überhaupt keine Festsetzung des Umlagepreises, sondern eine gleitende Preisskala wünschen, die sich automatisch nach dem inländischen Marktpreis richten soll.

Der Umlagepreis soll nach dem Beschluß des Reichsrats für Weizen von 7400 auf 22 500 Mark pro Tonne, für Roggen von 6900 auf 20 500 Mark, für Gerste von 6700 auf 19 000 Mark und für Hafer von 6600 auf 18 000 Mark pro Tonne heraufgesetzt werden!

*

Dies Gesetz, das Millionen von Arbeitern und Kleinrentnern dem Hungertode überantwortet, wird nächste Woche vor den Reichstag kommen. Die Arbeiterschaft muß alle Kraft aufbieten, um die neue ungeheuerliche Brotverteuerung zu verhindern. Das kann nur geschehen durch Erhöhung der Getreideumlage auf 4½ Millionen Tonnen, Ablehnung jeder Preiserhöhung, Kontrolle der Getreideablieferung, der Düngungs- und Aussaatarbeiten der großen Güter durch proletarische Organe, Brotverbilligungszuschüsse für Sozialrentner und Kriegsopfer.

Neue Erhöhung der Postgebühren am 1. Dezember

Berlin, 13. Oktober.

Der Verkehrsbeirat ist vom Reichspostministerium zu einer Sitzung am 24. Oktober einberufen worden, um zur weiteren Erhöhung der Post-, Postscheck- und Telegraphen- und Ferngebühren Stellung zu nehmen. Ein hundertprozentiger Zuschlag auf die erst seit dem 1. Oktober gültigen Gebühren spätestens am 1. Dezember wird geplant.

Eine Straßenbahnfahrt 20 Mark

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 13. Oktober.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung unterbreitete der Magistrat eine Vorlage, nach der eine Straßenbahnfahrt 20 Mk. kosten soll. Eine Sensation war es, daß der ehemalige Kommunist Reuter, [illegible] Fürworter der Tarif- [illegible] sprachen, mußte die [illegible] sondere Sitzung am [illegible] men und sofort ein-

[illegible]sten Sommer

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 13. Oktober.

[illegible], ein Hinausschieben [illegible] will man versuchen, [illegible] einziger Kandidat der [illegible] rich präsentiert wer- [illegible] ehr sein, sondern eine [illegible] nach Frankreich, diese [illegible] chen und es ist nicht [illegible] um nächsten Sommer

[illegible] Apolda

(Eigener Drahtbericht.)

[illegible]polda, 13. Oktober.

[illegible] Arbeiter sämtlicher [illegible] ndelt sich um Lohn- [illegible] ungsausschuß hängen. [illegible] f 125 Mk. Stunden- [illegible] he Beschäftigte. Die [illegible] ehnt; sie wollen im [illegible] indem sie die bis- [illegible] Verhandeln des Magi- [illegible] t, da sie eine Ver-

Ein schlagener Schwindel der Antibolschewisten

WTB. **Berlin**, 13. Oktober.

Die Nachricht über die Verhaftung des Zentralausschusses der Gewerkschaften, die vom Rigaer Korrespondenten der „Times" stammt, wird von der Pressestelle der russischen Botschaft in Berlin als boshafte Lüge bezeichnet.

*

Damit hat sich wieder etwas als ein plumper Schwindel erwiesen, was von dem MSPD.-Lügenblättchen gestern brühwarm als eine neue Botschaft aus dem Reiche „russischer Freiheit" und der „Sowjetknute" verkündet wurde. Wieder einmal sind die Kasparet und Ko. auf ihr großes Lügenmaul geschlagen.

Wiederaufnahme der französisch-russischen Beziehungen

Herriot will großzügige Propaganda entfalten

WTB. **Moskau**, 12. Oktober.

Heute hat Herriot seine Rückreise nach Paris angetreten. In einer Unterredung mit Mitarbeitern der „Iswestija" sprach sich Herriot über seine Eindrücke bezüglich des fortschreitenden Wiederaufbaus Rußlands aus. Die kommende französisch-russische Annäherung werde keine Allianz der Regierungen, sondern eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Völker sein. Die gegenseitige Entsendung von Handelsdelegationen sei der nächste Weg zur Annäherung. Herriot betonte nachdrücklich die Gemeinsamkeit der französisch-russischen Orientinteressen, und teilte das Antworttelegramm Poincarés auf seine diesbezüglichen Informationen mit, in dem Poincaré Herriots Standpunkt unterstützt und der Sowjetregierung seine Dankbarkeit für den herzlichen Empfang Herriots übermittelt läßt. Herriot werde in Frankreich eine großzügige Propaganda für die Wiederaufnahme der französisch-russischen Beziehungen entfalten.

Dollar vormittags 10 Uhr: 2800 Mark

Der Marksturz, Fritz Ebert und die Notverordnung zur „Rettung der Mark"

WTB. **Berlin**, 12. Oktober.

Eine morgen in Kraft tretende Notverordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln verbietet die Annahme und Forderung in ausländischer Währung bei Inlandgeschäften. Ferner wird der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel abhängig gemacht von der Erlaubnis einer Prüfungsstelle, für Banken und Personenvereinigungen und Genossenschaften, deren Gewerbe es mit sich bringt, daß Auslandsgeschäfte gemacht werden, gelten besondere Bestimmungen. Die festgesetzten Strafen sind Gefängnis bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zum Zehnfachen des Betrages von ausländischen Zahlungsmitteln, um die es sich handelt.

EL. Fritz Ebert wird energisch: er will die widerspenstige Mark, die trotz allem guten Zureden der Gewerkschaftsinstanzen und MSPD.-Führer bis auf mehr als ein Sechshundertstel ihres Wertes gefallen ist, mit Gewalt zur Räson bringen. Artikel 48 der Reichsverfassung, der jedesmal aus der Versenkung auftaucht, wenn die bürgerliche Demokratie am Ende ihres Lateins ist, soll gegen den Marksturz helfen. Ausnahmeverordnungen, die gegen die Kommunisten versagten, sollen gegen kapitalistische Schieber und Wucherer vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten erlassen werden. Freudig stellt die MSPD. diesen ersten Erfolg des sozialistischen Machtzuwachses von Nürnberg fest.

Schade nur, daß mit diesem Machtzuwachs nicht nur Hilferding, der geistige Vater der angekündigten Ausnahmeverordnungen Eberts, und der „Vorwärts" einverstanden sind; sondern daß die ganze bürgerliche Presse einschließlich der deutschvölkischen „Deutschen Zeitung" und der Stinnes-„DAZ." Beifall klatschen. Ja, „Die Zeit" des Herrn Stresemann ist gekränkt, weil der „Vorwärts" die bürgerlichen Parteien als Feinde der geplanten Ausnahmeverordnung hingestellt hat. In der Tat führt Fritz Ebert mit der **Ausnahmeverordnung nur aus, was die Schwerindustrie in der „Bergwerks-Zeitung", in der „DAZ." und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" seit Wochen gefordert hat.** So lange die Markentwertung nur den Reallohn der deutschen Arbeiter auf unter die Hälfte seines Wertes gesenkt und damit zur Grundlage der Scheinkonjunktur und der Milliardenprofite des deutschen Industrie- und Handelskapitals geworden war, so lange dachten weder das deutsche Unternehmertum und die Bankmagnaten, noch Fritz Ebert und Hilferding an die Waffe des Artikels 48. Sobald aber, wie das jetzt deutlich geworden ist, der Marksturz mit Kreditnot, Geldmangel und drohender Betriebseinstellung sich gegen das Kapital selbst zu wenden beginnt, greift Fritz Ebert energisch ein: der Mann, der für den 3. Dezember um die Stimmen der Deutschen Volkspartei wirbt, und der mit seinem ganzen Einfluß die Große Koalition schon heute verwirklichen will, weiß, was er seinen Wählern schuldig ist. Seine Verordnungen sind keine Verordnungen gegen das Kapital, dessen Zerfall die Markentwertung bedingt, und das aus ihr auf Kosten des Proletariats Milliarden an Profiten herauswirtschaftet; sie sind **Verordnungen zum Schutze des Kapitals** gegen die ihm jetzt verhängnisvoll werdenden Folgen des Marksturzes.

Es wird eine **Kontrolle des Devisenhandels** zur Unterbindung der Devisenspekulation angekündigt. Die Devisenankäufe sollen der Kontrolle der Außenhandelsstellen unterstellt werden. Selbst wenn diese Zentralisierung des Devisenhandels technisch möglich wäre — die Erfahrungen der Zwangswirtschaft zeigen, daß jede derartige kapitalistische „Kontrolle" zum Nährboden des üppigsten Schleichhandels wird —, die wirkliche Devisenspekulation würde damit nicht getroffen. Allerhöchstens würde einigen Außenseitern, einigen kleinen Börsenschiebern das Handwerk gelegt. Aber glaubt jemand außer den Kleinbürgern in der Regierung und im „Vorwärts" im Ernst, daß Stinnes mit seinen Luberfac-Verbindungen, daß die internationalen Konzerne der Schwerindustrie mit ihren ausländischen Niederlassungen, wie Orenstein & Koppel und Mannesmann, von den Großbanken ganz zu schweigen, überhaupt auf die von Fritz Ebert einzurichtende Devisenzentrale angewiesen sind, wenn sie Dollars, Pfund und Franken hamstern und sorgfältig in Amsterdam oder in Zürich ins Depot legen? An diese Herrschaften kommt man mit Notverordnungen gegen Börsenspekulationen, die etwa auf der Höhe der nationalökonomischen Einsicht Knüppelkunzes stehen, nicht heran. Wie es denn überhaupt eine Illusion ist, zu glauben, daß der Sturz der Mark, der dem Zerfall des deutschen Kapitalismus geschuldet ist, durch Maßnahmen aufgehalten werden könnte, **die die kapitalistische Anarchie in ihren Grundlagen völlig unberührt lassen.** Quacksalberei an den Symptomen nützt hier nichts. Und an den Kapitalismus selbst wagt sich Fritz Ebert, der wiedergewählt werden will, nicht heran.

Als zweite Maßregel ist die **Einführung von Goldschatzwechseln** geplant. Die massenhafte Ausgabe von Reichsschatzwechseln in Papiermark, von denen allein in den letzten 10 Tagen 50 Milliarden ausgegeben worden sind, hat dahin geführt, daß die Reichsbank auf ihnen sitzen bleibt. Das Privatkapital lehnt die Uebernahme dieser sich dauernd entwertenden Papiere ab; mehr als 90 Proz. der heute 450 Milliarden betragenden schwebenden Schuld des Reiches ist im Besitz der Reichsbank, also des Reiches selbst. Ebert und sein „marxistischer" Berater, Rudolf Hilferding, glauben, den privaten Kredit für das Reich wieder flüssig zu machen, wenn die Reichswechsel nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark ausgestellt werden, d. h. wenn die Zins- und Rückzahlung jedesmal nach dem in Goldmark berechneten Kurs der Papiermark geschieht. Die Herren übersehen bei dieser Rechnung nur, daß sie damit an Stelle der eben verbotenen Devisenspekulation **ein neues Spekulationsgebiet und ein neues Spekulationsobjekt schaffen.** Statt in Dollars und Pfund wird die Börse jetzt mit Goldschatzwechseln ihre Geschäfte machen. Sie lassen Devisenkontrolle ruhig Devisenkontrolle sein und senken **die Mark mit Hilfe des eigens dazu durch die Notverordnung ge-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221013-19/fragment/page=0009